

# Arbeiter-Zeitung

Montag, 18. Januar 1932  
Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 14

**Sport Heute:  
vom Sonntag!**

erschienen 24  
Wochenll. 24  
Potenzialen 24  
monatlich 2,00  
Lehrnachrichten  
sammelungsangele  
meterzeile ober  
Sauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Kreuzer Straße 50. Fern-  
sprecher 480 89. Postfachnummer Breslau  
Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50 (Vorbe-  
rath). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis  
Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: G. S. 111, G. S. 111  
Fernsprecher 2384. Sprechzeit von 8-10 Uhr. — Geschäftsstelle: G. S. 111  
Breslau 10, Kreuzer Straße 50. Fernsprecher 480 89.

## Die Breslauer Betriebsräte-Konferenz der RGO.

# Für revolutionäre Einheitsfront!

Sie begrüßt die Präsidenschaftskandidatur des Genossen Thälmann — Die Polizei wollte die Tagung verbieten — Kollegen in den Betrieben, ihr habt jetzt das Wort!

Breslau, 18. Januar. Gestern fand in den „Korallen“ die von der RGO. einberufene Betriebsbelegiertenkonferenz statt. Es waren 11 Betriebe mit 30 Betriebsräten vertreten. Von den Betriebsräten sind nicht noch gewerkschaftlich organisiert. Der größte Teil der Kollegen ist von der Gewerkschaftsbürokratie ausgeschlossen worden.

Gleich zu Beginn erschien die Polizei und versuchte die Abhaltung der Konferenz zu hindern.

Der Bezirksleiter der RGO., Genosse Gallinat, hielt das Referat zu der brennendsten Aufgabe der Arbeiterklasse:

**Wie schaffen wir die kämpfende Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus?**

Der Referent gab eine Analyse über die politische und wirtschaftliche Lage des kapitalistischen Systems, insbesondere des deutschen, und zeigte die verbrecherische Rolle der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf, die die Notverordnungspolitik und damit den Lohn- und Unterhaltungsabbau nicht nur billigen, sondern mit durchführen helfen. Er bewies an Hand von etlichen Beispielen die arbeiterfeindliche Rolle dieser Führer.

Besonders eingehend behandelte Genosse G. die Zuhälterrolle der SAP. und KPD.-Führer für die Wels, Leipart und Tarnow. Die von den SAP. und KPD.-Führern versuchten Einheitsfrontmanöver — Betriebsrätekonferenz am Mittwoch, dem 14. Januar usw. — sind von der RGO. und den roten Betriebsräten gründlich entlarvt worden. Die heute im „Vergleichen“ stattfindende Betriebsrätekonferenz der SAP. und KPD. dient nicht der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront, sondern der Verhinderung derselben. Auf dieser Konferenz wird man erneut an die Führer der Sozialdemokratie und des KPD. appellieren, sie sollen den „Kampf gegen den Lohnraub“ organisieren und führen.

Während breite Teile der Arbeiterschaft immer mehr erkennen, daß diese Leute Streikbrecher und nicht Streikführer sind, und bereit sind gegen den Lohnraub zu kämpfen, treten sie immer hilfloser als „Lilien“ Sozialdemokraten auf und versuchen die zur roten Kampffront drängenden Kollegen davon abzuhalten. Sie gebrauchen unklare Phrasen vom Kampf gegen Lohnraub, zeigen der Arbeiterschaft aber nicht den Weg des revolutionären Klassenkampfes. Diese gefährliche Rolle müssen auch die Breslauer Arbeiter, die heute noch diesen Leuten Gefolgschaft leisten, erkennen und zur roten Einheitsfront stehen.

Auch die Breslauer Betriebe müssen Hochburgen des revolutionären Klassenkampfes werden.

In der Diskussion kam der wachsende Kampfswille der Arbeiter in den Betrieben zum Ausdruck. Die Betriebsräte verpflichteten sich, die Kräfte in den Dunit der Kampforganisation zu stellen. Ihre Hauptaufgabe ist, die Arbeiter von der verbrecherischen Rolle der SAP. und KPD.-Führer zu überzeugen, weil davon das Tempo in der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront abhängt.

Es wurde der Beschluß auf Abhaltung einer großen Betriebsbelegiertenversammlung für kommenden Sonntag gefaßt. Die Konferenz begrüßte die Aufstellung des Genossen Thälmann als roten Arbeiterkandidaten zu den Präsidenschaftswahlen.

Wir bringen nachstehend die Kampfesforderungen aus der einstimmig angenommenen Entschließung:

**Kampf gegen jeden Hemmig Lohnabbau, für die Erhöhung der Löhne!**

**Für den Siebenstundentag, die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!**

**Für die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit!**

**Keine Entlassungen — Wiedereinstellung der früher im Betriebe Beschäftigten.**

**Schutz der revolutionären Betriebsräte vor Entlassung oder Verletzung.**

**Gegen den Abbau bzw. Beseitigung der Sozialpolitik und für den Ausbau des Arbeiterschutzes.**

**Gegen das Zwangsschlichtungswesen!**

**Gegen alle die Ausbeutung verschärfenden kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen.**

**Gegen jede Form der Arbeitsgemeinschaft mit dem Klassenfeind.**

**Für die revolutionäre Einheitsfront!**

**Für Durchführung der Betriebsrätewahlen, durch Aufstellung von roten Einheitslisten auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme durch die gesamte Belegschaft.**

**Gegen Notverordnungen, gegen die Brüning-Regierung.**

**Gegen die Tolerierungs- und Streikbruchpolitik der SPD. und KPD.-Führung.**

**Für die kämpfende Einheitsfront unter Führung der RGO.**

**Für Aufstellung des Arbeiterkandidaten Thälmann!**

## Die Konferenz der SAP. und KPD.

# Für Einheitsfront mit Wels und Leipart!

Breslau, 18. Januar. Die gestern von der SAP. und KPD. einberufene Konferenz der Breslauer Betriebsräte beschäftigte aufs neue die zentrale Rolle jener Organisationen. Sie zeigte erneut, daß die Führer jener Organisationen sich als Handlanger für die Leipart, Tarnow und Wels betrachten. Die Konferenz war besetzt von circa 150 Personen, welche nach Angaben des Verammlungsleiters 70 Betriebe, außer den Gemeindebetrieben, vertreten. Zu Beginn derselben übte man sich bemüht, eine Erklärung abzugeben, aus welcher hervorgehen sollte, daß diese Konferenz nicht mit zu einer Vereinigung der SAP. und KPD. beitragen sollte, sondern lediglich den Zweck habe, die Betriebsräte und durch sie wiederum die Betriebsarbeiter zu aktivieren. Nach der Wahl eines siebenköpfigen Aktionsausschusses sprach Sternberg über die Aufgaben der Betriebsräte in der Krise. Die Ausführungen dieses Kur-Gewerkschaftsleiteres Sternberg gipfelten stets in der Linie der SAP.: „Wolgt die Bonzen!“ Er vertrat den Standpunkt, daß man unter dem Druck der Arbeiterschaft die Bürokratie zu kämpfen zwingen kann. Unter

dem Druck der Arbeiterschaft wird auch nach seiner Meinung die Einheitsfront von SPD. bis KPD. auf überparteilicher Grundlage zustandekommen. Wie wenig sich diese Leute von der Politik der SPD. getrennt haben, wird durch Vorstehendes schon zur Genüge bemessen, aber noch deutlicher zum Ausdruck gebracht in seinen Worten:

„Denn weder die „eisernen“ Front noch die Front der KPD. vermöge den Faschismus zu schlagen.“

Während Sternberg auf der einen Seite eine Tolerierungspolitik für die Streikbruchorganisierende KPD.-Führerschaft führte, wendete dieser „Kampfstrategie“ auf der anderen Seite gegen die „wilde“ Streikorganisation der KPD. und der RGO. Der Kampf kann und muß nur auf „überparteilicher“ Grundlage an der innergewerkschaftlichen Front nach der Meinung Sternbergs geführt werden. Kein Wort von der Einheitsfront zwischen den Betriebsarbeitern und den Millionen Erwerbslosen. Kein Wort von denen, die durch die verätherliche Politik der Gewerkschaftsbürokratie aus den Gewerkschaften hinausgestoßen wurden. Das ist die Linie der SAP.-Führer, die damit ihre Einstellung zu den KPD. und SPD.-Führern beweisen. Mit radikalen Gesten sind sie für die Aktivierung der Arbeiterschaft, mit dem Gedanken des Kur-Generalfreies, und auf der anderen Seite Doye gegen die revolutionäre kämpfende Einheitsfront.

Der Konferenz wurden anschließend einige Entschließungen vorgelegt, welche ganz der Linie Sternbergs entsprachen. Während sie kurz zuvor radikale Löhne gegen die KPD.-Führerschaft ansetzten, wendete man sich nun in dieser allerniedrigsten Resolution an dieselben mit der Bitte, die Kämpfe der Arbeiterschaft zu organisieren und zu führen, um im nächsten Moment erneut die Löhne gegen die revolutionäre Klassenfront unter der Führung der KPD. und RGO. zu entziehen. Der Zweck und der Sinn dieser Konferenzen wird dadurch klar. Die SAP. und KPD.-Führer versuchen damit, die sich bildende revolutionäre Einheitsfront des Proletariats zu verhindern. In dieser Linie sprachen auch die zwei Diskussionsredner Zeige (SAP.) von: „Stahlhaken und Gläser (KPD.) von der Metallarbeiterbürokratie. Daß die ungewissen Betriebsräte, die zwar den vorgelegten Resolutionen zustimmten, aber nicht hundertprozentig mit dieser Linie der SAP.-Führer einverstanden sind, beweist ihre Teilnahmslosigkeit auf dieser Konferenz, welche nach kaum zwei Stunden genötigt wurde, beendigt wurde.

## 100 000 polnische Bergarbeiter vor dem Streit

Kattowitz. Es wird gemeldet: Den polnischen Kohlenrevieren stehen ernste Kämpfe bevor. Im Dombrowner Kohlenrevier haben die Arbeiter den Lohnkampf eingeleitet und in einem Schreiben an die Gewerkschaften mitgeteilt, daß sie beabsichtigen, die Löhne um 21 Prozent herabzusetzen. Diese Mitteilung ist offenbar nach vorangegangener Verhandlung mit den maßgebenden Repräsentanten erfolgt. Im Dombrowner Revier herrscht infolgedessen lebhafteste Erregung unter der Arbeiterschaft, und in verschiedenen Belegschaftsversammlungen wurde bereits die Androhung des Streiks verlangt.

Nun hat, wie am Sonnabend gemeldet wird, der Arbeitgeberverband der ostoberschlesischen Montanindustrie in einer am Freitag abgehaltenen Versammlung beschlossen, der gesamten Belegschaft der Steinkohlenreviere mit Wirkung vom 1. Februar zu kündigen. Die Kündigungen sollen nur dann wieder eingekallt werden, wenn sie sich mit einer 21-prozentigen Lohnkürzung einverstanden erklären. Sonnabend früh wurde dieser Beschluß auf den Gruben durch Aufschläge bekanntgegeben. Es handelt sich um ein einheitliches

Vorgehen der Kohlengrubenunternehmen in den beiden benachbarten Revieren, das in Ostoberschlesien ebenso wie in Dombrowa nicht ohne Wissen der Regierung erfolgt sein dürfte.

Die Gesamtzahl der Arbeiter im Kohlenbergbau beträgt in Ostoberschlesien rund 75 000, im Dombrowner Revier einige 20 000. Zusammen sind also in beiden Revieren im Kohlenbergbau annähernd 100 000 Arbeiter beschäftigt.

## Zwei tote Kumpels geborgen

Beuthen O.S., 18. Januar. (Wg. Drahtbericht.) Die Rettungsarbeiten in der Karsten-Zeammis-Grube haben am Sonnabend abend zur Bergung der Leiche des Zimmermanns Weick aus Beuthen geführt. Weick war demnächst und ist zwei Tage nach dem Unglück an den schweren Verletzungen, die er erlitten hatte, verstorben. In der Nacht zum Sonntag wurde ein zweiter Toter geborgen.

# Auf dem Bauche vor der Weltfinanz

Die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung tappen in eine neue außenpolitische Niederlage hinein. Am 25. Januar beginnt in Genua bei Lausanne am Genfer See die Reparationskonferenz. In den friedlichen Gestaden des Genfer Sees, nicht fern von der internationalen Zugzwangswelt, wird man kriegerische Redefechtel austragen. Und der Ausgang dieses Kampfes ungleicher Kräfte ist so sicher wie zweimal zwei = vier.

Der Dr. Brüning hat sich für seine Erklärung, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen wolle — eine Erklärung, die von der deutschen Delegation auf der Reparationskonferenz vertreten werden wird —, so ziemlich den ungünstigsten Moment ausgelacht. Nie war die Spekulation auf die Differenzen zwischen den Tributgläubigermächten verfehlter als jetzt.

Nicht, als ob wir diese Differenzen leugnen. Sie sind selbstverständlich vorhanden, und ihre Größe darf nicht unterschätzt werden. Sie sind heute größer und schärfer als je. Aber wenn schon 1923 der Verzicht der kapitalistischen Regierung Deutschlands, mit dem englischen Imperialismus Politik gegen den französischen zu machen, mißlang, um wieviel mehr heute, wo kein Lord D'Abernon das mit Frankreich konkurrierende britische Weltreich mehr in Berlin vertritt, sondern Sir Horace Rumbold ein von der Inflationstriebe geschlagenes, auf dem ganzen Kontinent von Frankreich zurückgedrängtes England repräsentiert.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Engländer in Lausanne, selbst wenn sie wollten, nichts gegen Frankreich unternehmen werden, da sie nichts gegen Frankreich unternehmen können. Sie sind an Händen und Füßen gebunden. Und die Caval und Lardieu werden die beherrschende Position des französischen Imperialismus zur rückwärtslosen Zurückweisung der deutschen Forderungen ausnützen.

Die theatralische Geste des Reichsfänglers, darauf angelegt, den Nazis den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat nur den einen „Erfolg“ gehabt, daß die neue französische Regierung einen noch schärfer betonten nationalsozialistischen Charakter erhielt. Ihr Ministerpräsident ist Laval, aber der wirkliche Chef heißt Lardieu, der vom Arbeits- zum Kriegsminister avancierte und zwei weitere seiner Anhänger, bisher Unterstaatssekretäre, ins Kabinett lancierte. Dieses Kabinett ist die Regierung der schlimmsten Tributerpresse, die als unbarmerzigste Schloß auf ihren löchrigen Schein pochen werden.

Brüning's Niederlage ist also sicher. Aber Brüning's Niederlage ist auch die Niederlage der Hitlerpartei, deren Außenpolitik weitgehend mit der Brüning's übereinstimmt. Brüning und Hitler werden beide kapitulieren. Sie werden? In der entscheidenden Frage haben sie es schon getan.

Dem ersten ist es gelungen, daß Frankreichs Diktat hingenommen wird. Hitler redet vorübergehende gar nicht mehr von der Abschaffung, sondern nur von der Neuregelung der Tribute. Hier besteht durchaus die Möglichkeit einiger Konzessionen seitens Frankreich.

Aber diese Zugeständnisse — etwa Verlängerung der Frist, in der keine Zahlungen geleistet zu werden brauchen — werden um einen Preis erkauft, der beweist, daß welches auch immer der Ausweg sein möge, er nur auf Kosten der Arbeiterklasse beschritten wird, solange Imperialismus und Imperialisten verhandeln. Es handelt sich nicht nur um die Anerkennung der heutigen Grenzen Deutschlands, sondern um das noch konsequenter Einkommen des deutschen Imperialismus in die Antikolonialfront. Und in dieser Beziehung wird die deutsche Bourgeoisie gern die nötigen Garantien geben.

Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die Art der Schulden Deutschlands in den letzten Jahren eine bedeutende Vergrößerung erfahren hat. Die Schwebelast liegt nicht mehr bei den politischen, sondern bei den sogenannten politischen Schulden. An 80 Milliarden Mark Anleihen haben die internationalen Bankiers in Deutschland untergebracht, 30 Milliarden mit jährlich über 2% Milliarden Mark Zinsen und Amortisationsraten. Alles das hat erklärt Hitler, daß

„die Hitlerbewegung entschlossen ist, private Schulden zu übernehmen und zu bezahlen. Kapitalgläubiger werden finden, daß die Durchführung der nationalsozialistischen Wirtschaftsprinzipien in Deutschland eine bessere und höhere Garantie zur Durchführung ihrer finanziellen Ansprüche bieten, als die unverantwortliche Wirtschaft Deutschlands unter dem jetzigen System.“

(„Saturday Review“ vom 24. Oktober 1931).

Und diesem letzteren immer wieder bekräftigten Ergebnis überreicht die Führung der Nationalsozialistischen Partei zu ihrem Teil das wertvolle Bollwerk des „Föderativen Ausschusses der Bankhäuser New York, London und Paris“. Bodenlos ist bestätigt der Schlag, daß er die Sklaverei der Arbeiter Deutschlands für das Auslandskapital zu veremigen gedenkt.

Se auf dem Bauche vor dem internationalen Finanzkapital verstand, hat Hitler sich das Vertrauen der Kapitalgläubiger der Welt erworben. Wie es wahr oder erfunden sein, — bezeichnend ist auf jeden Fall, was der Chefredakteur des „Wirtschaftlichen Beobachters“, Alfred Rosenberg, mitteilte.

„Daß der Reichsführer von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er nicht mehr recht verhandlungsfähig sei ohne Adolf Hitlers Unterstützung.“

Welchen diese Herren sich das räumen — das ist ihre tiefste Schande. Sie paradierten mit dem Vertrauen der ausländischen Kapitalisten, anstatt sich dessen zu schämen. Man darf wohl annehmen, daß es sich bei dem von Rosenberg zitierten Vorgang um eine Anregung italienischer Finanzisten handelt.

Die haben ja auch allen Grund, Hitler dankbar gewogen zu sein, denn dieser „böhmische“ Held hat bei seinem Ausverkauf „nationaler Belange“ Südtirol nicht vergessen, sondern gemein verhandelt. Sieh es noch in der ersten Auflage des von jeder geschriebenen Programms der NSDAP:

„Wir verzichten auf keinen Deutschen in Sudetendeutschland, in Südtirol, in Polen und der Ostpreussensolonie Österreich.“

So wurden in der zweiten und allen späteren Auflagen die Worte: „in Südtirol“ gestrichen. Zweifelt Herr Hitler plötzlich an der germanischen Reinrassigkeit der Südtiroler? Oder sind die Bewohner Südtirols plötzlich ein anderer Menschenschlag geworden?

Nichts davon! Geändert haben sich nur die Südtiroler, geblieben auch nicht Herr Hitler. Er hat nur die nationale

# Provokationsplan gegen die Sowjetunion

## Gekaufte Weißgardisten und japanische Bourgeoisie wollen den Krieg gegen die Sowjetunion

Die großkapitalistische „Berliner Börsen-Zeitung“ zeigt am 16. Januar mit aller Deutlichkeit den Provokationsplan der japanischen Bourgeoisie und der von ihr gekauften Weißgardisten gegen die Sowjetunion. In einem Artikel zur gegenwärtigen Lage in der Mandchurien schreibt das Blatt:

„Die Gerüchte, daß Japan die Gründung eines wehrkräftigen Pufferstaates an den Grenzen der Mandchurien begünstigen würde, verdichten sich. Der bekannte Kaman Semonow, der sich 1920 mit seinen Truppen dem roten Ansturm entgegenstellte, hat inzwischen die japanische Staatsbürgerschaft erworben und hat gewisse Summen, die noch aus der Jarenzeit her in den Händen von Tokio und Schanghai deponiert waren, ausgeschüttet erhalten. Sollten die Japaner Charbin befehlen, so besteht kein Zweifel, daß sich die wehrkräftigen Organisationen der Japaner zur Verfügung stellen werden. Jedoch ist es möglich, über die weitere Entwicklung der Dinge orakeln zu wollen. Witwinow verkündet die Friedensliebe der Sowjets und das offizielle Moskau stellt eine ungewohnte Zurückhaltung zur Schau, trotz dem offensichtlich sowjetrussische Interessen in der Mandchurien durch Japan verletzt werden. 1905 brach die Macht des Jaren auf den Feldern der Mandchurien zusammen, weil die große Sibirische Bahn nicht den notwendigen Nachschub an Truppen und Munition bewältigen konnte. Unter der Herrschaft der Sowjets ist die Transportfähigkeit der Bahn noch mehr geschwächt. Ein erneuter Zusammenstoß müßte eine Katastrophe für das rote Banner Moskaus sein, der man im Kreml gern ausweichen möchte. Das kommende Frühjahr, wenn die großen Fröste nachlassen, wird sicherlich Entscheidung bringen.“

Diese Ausprägungen in Verbindung mit den neuem alarmierenden Nachrichten aus der Mandchurien, zeigen dem internationalen Proletariat erneut mit aller Schärfe die riesige Gefahr des offenen imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion. Die sozialdemokratische „Börsen-Zeitung“ gibt in ihrem Artikel an, daß die Sowjetunion mit äußerster Notwendigkeit an

ihren Friedenspolitik festhält, gleichzeitig zeigt das sozialdemokratische Blatt aber, wie die japanischen Imperialisten in Verbindung mit den gekauften Weißgardisten die verbrecherische Provokation durchführen. Die Mandchurien soll vollständig besetzt, das Eigentum der Sowjetunion, die Sibirische Bahn, geraubt werden, spätestens im Frühjahr soll der offene bewaffnete Angriff auf die Sowjetunion erfolgen.

Dieselbe „Börsen-Zeitung“, die heute die japanisch-weißgardistische Provokation eingestuft und ganz deutlich zeigt, wird, wie alle kapitalistischen Blätter, an der Spitze die SPD-Presse, morgen lügen und schreien, daß die Sowjetunion an dem neuen imperialistischen Krieg schuld sei.

Die Sowjetunion will keinen Krieg, aber wenn die imperialistischen Mächte und ihre Freunde glauben, daß ein von den japanischen Kriegstreibern provoziertes Zusammenstoß „eine Katastrophe für das rote Banner Moskaus“ sein müßte, dann sind sie im Irrtum.

Es ist notwendig, der Arbeiterschaft diese Dinge zu zeigen und ihr von neuem zuzurufen, den Kampf gegen das Verbrechen der Imperialisten in allen Ländern zu verstärken.

# Niederlage der Brandleristen im Zimmererverband

Am 9. Januar fand in Zwenkau (Sachsen) im Zentralverband der Zimmerer die Neuwahl der Zahlstellenleitung statt. Bisher besetzte dort der Brandlerist Franke die Geschäfte der sozialdemokratischen Bürokratie. Bei der Neuwahl mußte er jedoch dem Genossen Steinhardt weichen. Auch alle anderen Funktionen wurden von oppositionellen Arbeitern besetzt, nur der Kassiererposten blieb bei einem Parteiloson, der diese Funktion schon vorher inne hatte.

# Heraus mit der zuviel erhobenen Lohnsteuer!

## Kommunistischer Gesetzentwurf im Reichstag

Durch Notverordnung hat die Brüningregierung bestimmt, daß die im Jahre 1931 zuviel gezahlte Lohnsteuer nicht mehr wie bisher zurückgezahlt wird. Diese Bestimmung trifft mit größter Härte diejenigen Arbeiter, die im Laufe des Jahres 1931 zu Kurzarbeitern oder Arbeitslosen geworden sind.

Die kommunistische Partei, die grundsätzlich gegen die Lohnsteuer überhaupt ist und wiederholt dementsprechende Anträge im Reichstag gestellt hat, wendet sich jetzt mit einem besonderen Gesetzentwurf gegen die ungeheuerliche Bestimmung, daß sogar zuviel erhobene Lohnsteuer nicht zurückgezahlt wird. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

Entwurf eines Gesetzes über die Zurückzahlung zuviel gezahlter Lohnsteuer und Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Der Reichstag hat folgenden Beschluß beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.

### Artikel I

Alle zuviel gezahlten Lohnsteuerbeträge sind zurückzuerstatten. Der § 93 des Einkommensteuergesetzes ist dementsprechend wieder in Kraft zu setzen.

### Artikel II

Zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten erhalten Gemeinde und Gemeindeverbände vom Reich einen Betrag von 60 Millionen Reichsmark, der anstatt aus dem Wegfall der Lohnsteuererstattungen durch Abzüge im Etat der Reichswehr und der Reichsmarine aufzubringen ist.

### Artikel III

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dieser Gesetzentwurf wird in der Arbeiterschaft lebhaft Zustimmung finden. Aber es muß allen Arbeitern klar sein, daß die Zurückzahlung der zuviel gezahlten Lohnsteuer nur dann durchgeführt werden kann, wenn die Arbeiter überall ihre Stimme für den kommunistischen Gesetzentwurf erheben. Die SPD- und Nazi-Führer haben ja schon bei der Stellungnahme zur betreffenden Notverordnung ihr Einverständnis mit der Zurückzahlung der zuviel gezahlten Lohnsteuer erklärt, sie werden mit allen Mitteln gegen den kommunistischen Gesetz-

entwurf auftreten. Darum gilt es, überall ~~offenbar~~ die Forderung zu erheben: Her mit der zuviel gezahlten Lohnsteuer!

# Badischer Kampftongrek der roten Einheit verboten

Dem Einheitskomitee sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter für den Bezirk Baden-Pfalz wurde von der Polizeidirektion Mannheim mitgeteilt, daß der Kampftongrek der roten Einheit, der am 16. und 17. Januar in Mannheim stattfinden sollte, verboten ist. Das Verbot erfolgte, wie wir erfahren, auf Veranlassung des sozialdemokratischen Innenministers Meyer.

Für den Kampftongrek der roten Einheit wurde in Baden-Pfalz seit etwa drei Monaten mobilisiert. Bei den Arbeitern, Parteiloson, sozialdemokratischen und kommunistischen, herrschte überall für den Kampftongrek eine große Begeisterung. Bis gestern wurden dem Einheitskomitee über 800 Delegierte gemeldet. Unter den Delegierten befinden sich 160 eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratie; unter diesen sozialdemokratischen Delegierten waren viele Funktionäre, die in der Sozialdemokratie wichtige Posten, wie Vorsitzende von Ortsgruppen und Bürgermeister von kleineren Orten inne hatten.

Das Verbot des Innenministers ist als ein Verbot anzusehen, das auf direkten Wunsch der Sozialdemokratie erfolgte. Seit Wochen betrieb die badische und pfälzische sozialdemokratische Presse eine infame Hege gegen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, die sich zur roten Einheit zusammenschließen. Alle Lügen und Verleumdungen, die von der sozialdemokratischen Presse verbreitet werden, zogen nicht mehr. In steigendem Maße fanden sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit den kommunistischen Arbeitern zusammen und heften sich zum Kampftongrek beizugehen.

In der Arbeiterschaft herrscht über das Verbot, das der sozialdemokratische Minister verhängte, eine ungeheure Empörung und Entrüstung. Besonders die sozialdemokratischen Arbeiter sehen an diesem Verbot, wie die SPD-Führer mit allen Mitteln die rote Einheitsfront verhindern wollen. Die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter werden daraus die entsprechenden Folgerungen ziehen.

Masse abgeworfen und sein Programm in allen nationalen ebenso wie in den sozialen Fragen vollkommen den Bedürfnissen der deutschen und ausländischen Kapitalisten angepaßt.

Ja, auch in allen sozialen Fragen. Der Mann, der die Arbeiter und vor allem die sechs Millionen Arbeitslosen, im „Wirtschaftlichen Beobachter“ mit der Erklärung beschimpfte: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos“, der am 3. Dezember 1931 den Nazi-Führer Dr. Kopsch in einer Versammlung zu Berlin-Tempelhof erklären läßt, daß „die Arbeitslosen das Arbeiten und das Gehorchen verlernt haben, deshalb werden wir sie bei Einführung der Arbeitsdienstpflicht erst ein paar Monate tüchtig himlen“ — dieser Hitler ist ein Lausai der Tributerpresse im Ausland und der Lohnräuber in Deutschland.

Wir sagten, daß Brüning's Niederlage auch Hitlers Niederlage sei. Und wenn die Nazis erklären, daß die Situation sich ändern werde, wenn sie an die Regierung kämen, so ist das Lug und Trug. Angenommen, wir hätten eine Hitlerregierung — sie würde nichts anderes unternehmen können als Brüning, sie würde nicht um ein Jota bessere Bedingungen erhalten und würde ebenso schmachlich kapitulieren müssen.

Denn auch in diesem Falle ständen, wie heute, Imperialisten auf der einen und Imperialisten auf der anderen Seite. Auch in diesem Falle hätten die deutschen Halantrozimperialisten die ganze Arbeiterklasse Deutschlands und aller übrigen Länder gegen sich. Sie würden den Tributgläubigern genau so machtlos wie Brüning, genau so machtlos wie die SPD, gegenüber. Man muß es den SPD-Arbeitern vor Augen halten, daß auch die Außenpolitik der reformistischen Führer

hat grundsätzlich vollkommen deckt mit der Außenpolitik der Halantrozimperialisten.

Die katastrophale außenpolitische Niederlage Brüning's, Hitlers und Wels macht sunfällig, daß nur die kommunistische Partei die soziale und nationale Befreiung Deutschlands bringen kann. Unsere freie sozialistische Räterepublik wird sich nicht, wie der Staat Brüning's und Hitlers, auf eine kleine Volksminderheit, sondern auf die ganze Arbeiterklasse, auf die breiten Schichten der Werttätigen stützen. Sie wird auf ihrer Seite die Sympathie der Arbeiter aller kapitalistischen Länder und schon dadurch eine wirksame Waffe gegen die imperialistischen Tributerpresse haben. Vor allem aber steht an Rätedeutschlands Seite als natürlicher Bundesgenosse die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ein Hort der Freiheit für 160 Millionen.

Das sind die drei Faktoren, die uns die Durchführung deuten ermöglichen werden, was die kommunistische Partei in ihrer Programmklärung vom August 1930 niederlegte:

„Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailles Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.“

Die roten Pioniere berichten

Vor einigen Tagen ging ich nach dem Lokal „Stadt Romslau“, da mir zufällig ein Polizist bei dem Gastwirt und ich hütete, wie der sagte: „Zu Ihnen kommen immer Kinder in schwarzen Mänteln und roten Hüten, wenn ich das noch einmal sehe, da werde ich den Leiter davon verhaften.“ Und so was sollen wir uns gefallen lassen. Sie sollen doch erst bei den Mitternächtern das Tragen von Abzeichen verbieten und nicht bloß bei den roten Jungpionieren ansetzen. Aber die sehen auch, daß die Kindergruppe immer größer wird, und deshalb machen sie das. Nächstens werden sie noch den Kindern die Versammlungen verbieten, wie sie es bei den Großen machen. Es wird eben immer schlimmer bei uns. Die Kinder müssen deshalb noch mehr als bis jetzt bei den roten Pionieren eintreten. Seid bereit! Elisabeth F.

Der prügelnde Lehrer

Gestern sahete sich zum dreizehnten Male der Todestag Karl Liebknechts. Wir Kinder wissen, daß Karl Liebknecht ermordet wurde, weil er für die armen Menschen gekämpft hatte. Deshalb lieben wir ihn und feiern sein Andenken, indem wir an dem Tage unseren roten-Hüte-Mitteln mit Tuch zur Schule anziehen. Während die meisten Lehrer sich nicht an diesem Mittel stießen, nahm der Lehrer W. von der Sammelschule 4 Aufstoß daran und sagte uns, daß das Mitteltragen verboten ist. Wir können es ja ganz gut verstehen, daß der Lehrer W. unseren Mittel nicht gerne sieht — denn er ist Fasentruer. Er trägt sehr Fasentruer in der Schule unter dem Mantel, aber so, daß es jeder sehen kann. Der Lehrer W. ist auch als tüchtiger Prügler bekannt. So hat er vor einigen Tagen den Schüler A. W. derart über die Hände geschlagen, daß sie ihm angeschwollen sind. Als daraufhin der Junge sagte, er werde seinen Vater mit zur Schule bringen, sagte der Lehrer ihn an den Haaren, schüttelte ihn und prügelte ihn noch einmal.

Wir Kinder fordern, daß dieser Lehrer aus der Schule entfernt wird, und Lehrer zu uns in die Schule kommen, von denen wir etwas lernen können und nicht bloß verprügelt werden.

Fast täglich gehen uns solche und ähnliche Berichte zu, und wir werden in Zukunft diesen Dingen mehr Beachtung schenken und alle diese Schikanen an den jugendlichen Proletariern anprangern, und die Kinder in ihrem Kampfe gegen die Schulreaktion unterstützen. Die Kinder werden uns alles wissen lassen, was sie täglich auf der Straße und in der Schule erleben.

Alles rennt zum Hindernachmittag

„Mensch, Paula, he, wo rennst du denn hin, die ist ja schon die ganze Woche weg.“ „Was, Fritz, das meinst du, Mensch, heut ist doch die 1922. Feiertag der roten Jungpioniere im Sportverein Siebenhüfener Straße 11-15. Es ist klar, daß da da dabel sein muß.“ „Aber das wird doch bloß für die Pioniere was sein?“ „Ach, wo, das ist was für alle Arbeiterkinder.“ „So na dann renn ich schnell und hole meine Schwester.“ „Siehste, Fritz, so gefällt es dir, und jetzt will ich dir zum Schluß noch verraten, daß Duftelste ist das Körperleibchen, was dann noch ist.“ „Also Wiedersehen um 4 Uhr, du weißt ja schon, wo's is.“

Zu den III.-Feiern

Eben neu erschienen: Ewenty: „Karl Liebknecht.“ Der Verfasser ist ein Enkel Wilhelmus und ein Neffe Karl Liebknechts. Das Werk ist 48 Seiten stark. Im Mopr-Berlag der „Roten Reihe“ erschienen. 20 Pf. Zu beziehen durch alle Verlage. — Ebenfalls im Mopr-Berlag erschienen: Schapomalow: „Mit Lenin in Sibirien.“ 48 Seiten, 20 Pf.

„Ja“ - Besuchertreis

Erich Weinert spricht!

Deutschlands bekanntester Arbeiterdichter Erich Weinert: rezitiert seine neuesten in Breslau noch nicht vorgetragenen Gedichte am Donnerstag, dem 21. Januar, im großen Saale des „Bergleisters“, Meißelstraße. Um 16 Uhr findet eine Erwerbslosenveranstaltung statt. Eintrittspreis nur 15 Pfennig. Die Hauptveranstaltung ist um 20 Uhr. Eintrittspreis für abends: Erwerbslose 30 Pfennig, Arbeitende 25 Pfennig. Mitglieder des Besuchertreises der „Ja“ haben gegen Vorweisung ihrer Mitgliedskarte freien Eintritt.

Gestaltet durch Massenbesuch diese Veranstaltung zu einer Protestveranstaltung gegen das gegen Genossen Weinert über ganz Preußen (ausgenommen die Provinzen Nieder- und Oberhessen) erlassene Redeverbot!

Drei Ermittlungen

Vor einigen Tagen meldete man uns aus Theuderau, Kreis Opatowitz, von einer Ermittlung. Dort hat der Gastwirt W., ein kommunistischer Mann, eine hochschwangere Frau aus ihrer Wohnung, die allerdings nur eine Wohnhöhle ist, mit ihren zwei Kindern kurz vor der Niederkunft auf die Straße geschleift. Ja, er nahm nicht einmal darauf Rücksicht, daß die Frau augenblicklich alleinlebend ist, da sich ihr Mann zurzeit in einem Krankenhaus befindet. Da sich zu dieser Heftigkeit kein Arbeiter herab, holte sich der brutale Hauswirt seinen als Nazi bekannten Schwager zu dieser Arbeit. Auf Protest der Arbeiterchaft beim Amtsvorsteher mußte die Frau in die Wohnhöhle wieder eingelassen werden.

Aus Saccrau berichtet man uns folgenden Vorfall: Hier sollten zwei Arbeiter, langjährige Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, mit ihren Familien mit zwei und drei Kindern auf die Straße geschleift werden. Der Hausverwalter, der Dr. Buchalter, dem man als Arzt mehr Verständnis zugemutet hätte, ging rücksichtslos gegen die beiden Arbeiterfamilien vor und nahm selbst nicht darauf Rücksicht, daß eine Frau dieser beiden Familien im Wochenbett lag.

Während der Ermittlung hatten sich auf der Straße etwa 200 bis 300 Arbeiter versammelt und befanden ihren Unwillen gegen die brutale Maßnahme der Hausbesitzer, so daß es die anwesenden Organe vorgezogen, die Aufschung nicht vorzunehmen.

Note Hilfe, Stadtteil Süd

Dienstag, den 19. Januar, abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal: Langener, Auguststraße, Ecke Gottschalkstraße. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau

Dienstag, den 19. Januar, um 20 Uhr, im Radlohn, Paradiesstraße 17, Jahresversammlung. Alles muß erscheinen.

Proleten Wochenspielplan

„Opernreoute“ — „Frauen in Gefahr“

Was in Paris der Ball „der Großen Oper“ ist, was in Berlin die Winterbälle von Presse und Film sind, das ist für Wien die „Opernreoute“. Mit dieser Opernreoute beginnt der Film. In einem originellen Lustspiel wird gezeigt, was alles bei solch einer Opernreoute vorher und nachher passieren kann. Theater und Film werden die Darsteller, Georg Alexander, der Dr. Juan, Gail, Sait und Betty wird in einer Verwicklungsraute, Tina Wallburg, Ludwig Stössel und die Tante Maria Woppenhöfer lösen manchen

Der Staatsanwalt beantragt 280 Monate Zuchthaus und Gefängnis

Staatsanwalt Dr. Patjchowski zeigt erneut sein Klassengeficht — Setze gegen die Kommunistische Partei und die „Arbeiter-Zeitung“ — Die Blädhers der Verteidigung

Breslau. Am vergangenen Sonnabend begannen im Stahlhelmprozess die Blädhers des Anklägers und der Verteidigung. Demnach so wie an den vorangegangenen Verhandlungstagen fand eine genaue Kontrolle auf Wachen statt. Durch Ausweisungen von unliebsamen Zuhörern hatte man dafür gesorgt, daß der Zuhörerraum nur halb voll war. Auch Anrufung der einzelnen angeklagten Arbeiter begann, der diesmal ohne Monotonie amtierende Ankläger Dr. Patjchowski mit seinem Blädhers. Seine Ausführungen waren nichts als eine able Heze gegen die Führer des Klassenbewußten Proletariats gegen die Kommunistische Partei und gegen die „Arbeiter-Zeitung“.

„Arbeiter sind Mörder — Stahlhelmer sind friedliche Staatsbürger“

Dr. Patjchowski ging in seinen Ausführungen so weit, die Angeklagten, die sich gegen die Provolationen des trotz polizeilichen Verbots durch die Ottostraße marschierenden Stahlhelms zur Wehr setzten, als Mörder und Mordhölzer hinzustellen. Daß er aber die provozierenden und die Bevölkerung terrorisierenden Stahlhelmbanden als „harmlose und friedlich ihres Weges ziehende Staatsbürger“ hinstellte, das charakterisiert so richtig die Zeit, in welcher wir leben. Obwohl die Beweisführung seinen Anknüpfungspunkt dafür brachte, daß die Angeklagten mit dem Tode des Stahlhelmliten Müller irgendwie in Verbindung zu bringen sind, konstruierte der Ankläger erneut ein Verschulden der angeklagten Arbeiter an dem Tode desselben. Geradezu ungeheuerlich waren die Strafanträge, die der Staatsanwalt stellte, die da lauten:

- Gübner 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust;
Gebrüder Rother je 3 Jahre Zuchthaus;
Fabian 3 Jahre Zuchthaus;
Feinen 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus;
Markus Kurt und Kleiner je 2 Jahre Gefängnis;
für Weiß, A. Winkler, Fabisch, Jeromin, Hörner, Lausch, Müde, Grundmann und Markus Alfred je 8 Monate Gefängnis und für die Unerlässlichen Eheleute je 5 Monate Gefängnis.

Der von der roten Hilfe gestellte Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bach verprügelte in seinen Ausführungen das Blädhers des Anklägers. Rechtsanwalt Dr. Bach wies an Hand der Beweisführung nach, daß die Gründe des Anklägers für eine so harte Bestrafung der angeklagten Arbeiter nicht ausreiche. Im Gegensatz zu dem Urteil der Ersten Instanz, welches von Ueberfällen der Stahl-

helmer auf die arbeitende Bevölkerung nichts wissen wollte, machte das Gericht in der jetzigen Instanz auf Grund des Beweismaterials der Verteidigung als wahr unterstellen, daß tatsächlich die Stahlhelmbanden die Arbeiter überfallen und blutig geschlagen haben. Des weiteren hat die Beweisführung ein klares Bild darüber gebracht, wie unter der Androhung von harten Strafen die Angeklagten dazu gezwungen wurden, vor der Kriminalpolizei ihre Protokolle abzugeben. In welcher leichtfertigen Weise die Erste Instanz ihr Urteil fällte, beweist die Verurteilung des angeklagten Arbeiters Rother.

Die „glaubwürdigen“ Zeugen

Lausch, welcher sich, wie die jetzige Verhandlung erneut beweisen hat, zu der fragwürdigen Zeit des von den Stahlhelmen provozierten Zusammenstoßes nur in dem Unerlässlichen Lokal befand, verurteilte man vollkommen ungeschuldig. Des weiteren belächelte Rechtsanwalt Dr. Bach die „Stromgeigen“ des Anklägers. Während die von der Verteidigung benannten Zeugen von seiten des Anklägers als unglaubwürdig hingestellt werden, beruft sich der Ankläger auf Zeugen, welche, wie Fischer, über belaudet sind. Außerdem haben die Gutachten der, von Gerichtseite gestellten, Sachverständigen bewiesen, daß von einem verbrecherischen Anschlag, wie es der Ankläger behauptet, keine Rede sein könne.

Dafür, daß die angeklagten Arbeiter heute auf der Anklagebank sitzen, seien jene verantwortlich, welche diesen Mummel heraufbeschworen haben. Nicht nur in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiterschaft, sondern selbst in den Reihen der den heutigen Staat beherrschenden Staatsbürger hatte man den Aufmarsch des Stahlhelms, welcher erwiesenermaßen eine militärische Organisation ist, provozierend empfunden. Es ist deshalb den Angeklagten nicht nur das Recht zugestehen, sondern es war auf Grund ihrer politischen Einstellung sogar ihre Pflicht, sich gegen die Provolationen des Stahlhelms zur Wehr zu setzen.

Bezüglich des Strafmaßes beantragte die Verteidigung die Verurteilung der harten und durch nichts begründeten Urteile der Ersten Instanz. Für den Arbeiter Lausch, der im ersten Prozeß zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden war und diese Strafe inzwischen verbüßt hat, beantragte Rechtsanwalt Dr. Bach Freisprechung wegen erwiesener Unschuld.

Anschließend an die Ausführungen des Verteidigers Dr. Bach plädierte Rechtsanwalt Dr. Kalkski für seinen Mandanten Erich Rother auf mildernde Umstände. Die Verhandlung wurde am nächsten bis Montag 12.30 Uhr zur Urteilsverkündung vertagt.

Zwischengelächter aus. Eine nette, gefällige Geschichte — mehr sei nicht verraten. Wer sie mit erleben will, der gehe ins „Proleten“, Gehlstraße 20, Höfchenstraße 49, löse sich eine Eintrittskarte und sehe und höre, was auf der „Obernredoute“ dem Wiener Faschingsfest alles passiert ist.

Luch das Beiprogramm weht wiederum gute Kurzfilme auf. Sonntag Kinderloge, Kurzfilmbericht aus einem Ferienheim. „Die Unzertrennlichen“, eine lustige Kindergeschichte von drei Jägern ohne Waffen. Die neueste lösende Wochenchau ist nicht zu vergessen sowie die gute Varieteeinlage der „3 Vredini“, den tschechischen Witz-Altkolaten, welche in den verschiedenen Kunstsprünge Leistungen produzieren, die den Zuschauer in Erstaunen versetzen.

Achtung, Maschhörer!

- Alle Kurze finden jetzt im neuen Schulraum, Blücherstraße 14, Seitenhaus 1 Treppe, statt. Folgende Kurze laufen diese Woche:
Montag 20 Uhr: Grundlehren des Marxismus. Die Arbeitsgemeinschaften (Lied, Best und Zentrum gehören auch dazu!
Dienstag 18 Uhr: Englisch, 20 Uhr: Russisch.
Mittwoch 20 Uhr: Esperanto.
Donnerstag 20 Uhr: Stenographie.
Freitag 20 Uhr: Soziologie (Gesellschaftslehre) und Zeichen.
Im Februar beginnen wir mit nachfolgenden Kurzen:

Staat, Klassenjustiz und Proletariat mit den Themen:
1. Entwicklung des Staates und der Klassenjustiz.
2. Bürgerliche und proletarische Massenjustiz.
3. Die Bedeutung der „Roten Hilfe“ für das Weltproletariat.

Proletarische Frauenbewegung mit den Themen:
1. Geschichte der Frauenbewegung.
2. Die erwerbstätige Frau im Produktionsprozess.
3. Die gesellschaftliche Stellung der Frau im Kapitalismus.
4. Die befreite Frau in der Sowjet-Union.

Geschichte des Sozialismus:
Behandelt wird die Geschichte der sozialen und revolutionären Bewegungen vom Altertum bis heute.

Sozialpolitik:
Besprechung, Krankentätigenwesen, Kriegsbeschädigtenfürsorge usw. Neben den vorgenannten veranstalten wir im Februar folgende Sprach- und Fachkurze:

- 1. Russisch, 2. Deutsch, 3. Englisch, 4. Esperanto (Anfänger und Fortgeschrittene), 5. Buchführung, 6. Kaufmännisches Rechnen, 7. Stenographie (Anfänger und Fortgeschrittene), 8. Praktisches Zeichnen (Figuren und Plakate). Besonders für Agitpropaganda ist dieser Kursus wichtig! 9. Französisch, 10. Gymnastik.

Gewisse! Gewiss! Höre nicht lange und melde dich noch heute für die obenstehende Kurze im Büro Blücherstraße 14, Seitenhaus 1 Treppe, an. Die Gebühren für die politischen Kurze betragen bei einer Anmeldeböhr von 10 Pf., die bei Kurszusatz erhoben wird, 5 Pf. bei der Sprach- und Fachkurzen, 30 Pf. für Erwerbslose, 20 Pf. für Erwerbstätige pro Abend.

Note Kundfunk-Rundnotizen

Na, das neue Wochenprogramm ist wieder einmal über alle Erwartung dürftig und farblos. Die Vorträge zum General-Thema „Mächtiges Wissen“ müssen sehr kritisch gehört werden, die meisten derselben tragen akademische Ausführungen im Unfasslich sein. Das gilt diese Woche auch für die Buchbesprechungen. Der Montag bringt nichts aus der Welt des Arbeiterhörers. Um 20.00 patriotische Reichsgründungsfeier. Hauptmitwirkender: Wehr- und Innenminister Groener. Abhalten! — Der Dichter Hanns Johst (21.20) hat sich vom kommunistischen Kriegsgegner zum frömmelnden Nationalisten entwickelt. Wir können deshalb auf ihn verzichten! — Berichteten wollen wir auch um 22.25 auf die Reiseberichte des Herrn Sell vom „General“, der mit seinem faden Gewissel die schönste Landschaft vermischen kann. — Am Dienstag um 15.25 empfehlenswert der Überfunk mit Margot Eckstein. — Das Prologspiel um 19.30 über „Mutartie“ dürfte für die Arbeiterhörere wenig Positives erbringen. — Vielleicht interessant das Kriminal-Spiel um 20.15. Die meisten Hörspiele der letzten Zeit waren allerdings verlagert, bei denen sich die Regie-Mäße nicht lohnte. — Mittwoch

Für Arbeiterhörere sicher wichtig der Vortrag um 18.40 über arbeitsrechtliche Fragen. — Sonst herrscht an diesem Tage Dürre. — Vielleicht hörenwird die „Dante Reihe“ um 20, das hängt aber ganz von der Auswahl ab.

Hausdurchungen in Kottwitz

Kottwitz. Am Sonnabendmorgen wurden die Bewohner von Kottwitz früh aus den Betten gehoben. Ein Polizeiaufgebot von zirka 150 Mann hatte plötzlich alles umstellt, und 40 Kriminalbeamte begannen eine Hausdurchung nach Waffen. Es soll, wie berichtet wurde, sich um eine Aktion gegen Widdiede handeln, die angeblich in der letzten Zeit hier ihre „Armeen“ getrieben. Der Erfolg der Razzia sollen einige alte verrostete Fehlings sein.

„Religion ist Opium für das Volk“

Diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn. Trebnitz. Die Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker hatte hier zu einer Mitgliederversammlung aufgerufen, und dazu die Sympathisierenden und Freunde eingeladen. Der Genosse Zim m e r m a n n sprach zu dem Thema: Kulturaktion gegen Kulturaktion. In seinen Ausführungen brachte er klar und deutlich zum Ausdruck, daß die wertvolle Bevölkerung nur durch die sozialistische Weltordnung sich aus diesem Chaos retten kann. Nach seinem lehrreichen Vortrag erklärten acht Arbeiter und Arbeiterinnen, daß sie auf Grund des Gehörten sofort ihren Austritt aus der Kirche vollziehen werden. Es wurde der 11. Januar festgelegt, und an diesem Tage nahmen die Betreffenden auch ihren Austritt vor. Damit haben wir wieder einige Mitstreiter für die sozialistische Idee gewonnen! Unsere Arbeit ist damit nicht etwa beendet, sondern sie muß jetzt erst noch viel stärker gefördert werden als bisher. Erst wenn die Kulturaktion am Boden liegt und der Sozialismus gefestigt hat, gibt es für uns eine Atempause.

Arbeiterportler, nicht nachlassen!

Die rote Sportvereinigung „Fichte“ hielt am Mittwoch ihre fällige Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Reumahlen und sonstigen Vereinsangelegenheiten sprach ein Genosse von der Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker. In seinen Ausführungen über die Notwendigkeit der roten Einheitsfront und der Zusammenarbeit der Massenorganisationen zeigte er allen Anwesenden das auf, was unbedingt jetzt durchgeführt werden muß, nämlich alle Kraft einzusetzen zur Bildung von Einheitsfrontorganen zur Herstellung der Einheitsfront von unten. Die Parole: Heraus aus der Kirche! fand hier auch gezielten Boden. Zwei Arbeiter erklärten sofort ihren Eintritt in den Verband proletarischer Freidenker. Dieses Beispiel muß sich hundertfältig wiederholen.

Die Terrassen-Gaststätte an der Jahrhunderthalle, Zuh. Weintub 21 u. c., hat ihre Preise zum Teil weit unter die Preise von 1927 heruntergesetzt, um allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit zu geben, dieses schöne Lokal mit der herrlichen Umgebung zu besuchen. Die gut geheizten Räume, in denen Dienstag, Donnerstag und Sonntag Freikonzert stattfindet, werden auf das Beste empfohlen.

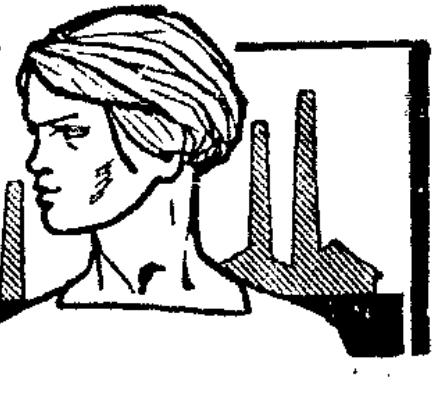
Künstliche Augen werden demnächst in Breslau durch Vertreter der Firma F. Ad. Müller Söhne, Anstalt für künstliche Augen, in Wiesbaden, in Aufmerksamkeit der Patienten nach der Natur angefertigt und eingepaßt. Näheres siehe Inserat in der Sonnabendnummer vom 16. Januar.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptstelle, Provinz und Volare: Rudolf Ötner, Breslau. — Für die übrigen Stellen: A. Genrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schöfische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Schauspielhaus Täglich 8 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus Schaubert: Heinrich Pascher von d. Wiener Volksoper und die anderen Wiener Stars
Wänder-Auktion Mittwoch, 20. Jan. Leinhaus Grundmann Trebnitzer Str. 21



# Die werktätige Frau



Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März

## Die internationale Ausbeutung der Arbeiterin

Erschütternde Zahlen und Tatsachen von der dreifachen Verflawung der werktätigen Frau

Der Kampf des Proletariats zur Niederzwingung des Kapitalismus fordert immer gebieterischer die Eingliederung der breiten und ausgebeuteten Massen in die revolutionäre Einheitsfront, — er fordert deshalb auch das bewusste, opferbereite Mitringen der schaffenden Frauen. Denn sie sind heute mehr als je ausgebeutet, sie stehen in allen Betrieben, werden in allen Berufen als billige Arbeitskräfte ausgepreßt, zermürbt durch die Nationalisierung. Der Lohnabbau in der ganzen kapitalistischen Welt, der Abbau der sozialen Rechte und des sozialen Schutzes verarmt und zerrütet ihr Leben und ihre Familienverhältnisse.

### 100 Millionen . . .

Die furchtbare Erwerbslosigkeit verelendet heute 40 Millionen, mit ihren Familien über 100 Millionen Menschen auf dem Erdball. Dabei stehen in jedem Lande Frauen und Jugendliche als billige Hände an den Maschinen. Die Anteilnahme der Frauen am Produktionsprozeß beträgt: in Deutschland 37 Prozent, in England 9 Millionen Frauen in den Fabriken, in Frankreich 40 Prozent, in Italien 30 Prozent, in Oesterreich 45 Prozent, in der Tschechoslowakei 29 Prozent.

Die Arbeitszeit der werktätigen Frauen ist besonders hoch in dem reichen Amerika. Nur 10 Staaten von 48 kennen den Achtstundentag, 13 Staaten den Neunstundentag und in 14 Staaten wird der Zehnstundentag durchgeführt.

### Frauenlöhne — Jammerlöhne

In England beträgt der Frauenlohn nur 48 Prozent vom Männerlohn, in Australien 53 Prozent, in Frankreich 56 Prozent. In Mexiko sind die Löhne die gleichen geblieben wie vor 20 Jahren. In China ist die Ausbeutung der Frauen und Mädchen ganz besonders schändlich. Ihr Lohn beträgt noch nicht einmal ein Viertel des Männerlohnes — 22,5 Prozent und in Japan 21 Prozent. In der Industrie in Japan arbeiten 400.000 Frauen. 50 Prozent der japanischen Textilarbeiterinnen sind lungen- und tuberkulös; sie halten die Arbeit in den Betrieben nur drei Jahre lang aus. Pro Tag verdienen sie 30 bis 40 Pf. In vielen Textilhöhlen sieht man vom kleinsten Kind an Frauen, Mädchen, Mütter und Schwangere zwölf Stunden pro Tag an den Maschinen stehen. In Italien, dem Lande des Faschismus, betragen die Frauenlöhne nur 44 Prozent der Männerlöhne.

Die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, seinen Sklaven Arbeit zu geben, vermehrt die Erwerbslosigkeit, entrechtet immer mehr die Menschen, die aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen sind. Von den 40 Millionen Arbeitslosen sind 15 Millionen Frauen. Bei jeder Kürzung der Unterstützung werden die Unterstützten der Frauen und Mädchen noch ganz besonders herabgebeugt oder ganz gestrichen.

### Zwangsarbeit und Arbeitskolonien

Ähnlich auch in England. Dort sind 64.000 Arbeiterinnen aus den Listen der Erwerbslosenunterstützung gestrichen worden. Die Zwangsarbeit, mit der man noch in Deutschland experimentiert, ist in England durch Arbeitskolonien durchgeführt. In Frankreich gibt es keine staatliche Unterstützung. Die Erwerbslosen werden aus den Gemeindefonds unterstützt. In der Tschechoslowakei herrscht das Genet System, das heißt, durch die Gewerkschaften wird die Unterstützung gestrichen. Die Gewerkschaften zahlen ein Drittel und der Staat zwei Drittel nur an Mitglieder der Gewerkschaften, die 42 Wochen organisiert sind. In Belgien — wo ebenfalls das Genet System existiert — sind viele Arbeiterinnen im letzten Jahr arbeitslos geworden. Zahlreich haben sich die Frauen gewerkschaftlich organisiert und glauben nun, daß sie die gleichen Rechte wie die Männer auf Arbeitslosenunterstützung hätten. Aber was erleben sie? Die Unterstützungsansprüche werden für die Männer — ledige und verheiratete — bis Ende Dezember verlängert; für die verheirateten Frauen aber nicht. Sie werden von den reformistischen Gewerkschaften „auf eine Stufe gestellt mit den unorganisierten Arbeitern, die nichts für die Solidarität leisten wollten“ wie Isabelle Blume, eine Sozialdemokratin, in der „Frauenstimme“ selbst schreibt. In Italien erhalten die Erwerbslosen nur 90 Tage Unterstützung.

In der ganzen kapitalistischen Welt spielt die furchtbare Geißel der Antreibungsgeheißung eine große Rolle. In Deutschland verlaufen jährlich 100.000 Abtreibungen tödlich. Eine Million Frauen lassen trotz aller Strafen heimlich abtreiben. Auf Kosten des § 218 muß man es legen, daß jährlich neben den Nerventrinken und schwachsinigen Kindern noch 21.000 syphilitische Kinder geboren werden. Nicht nur Gesetze zum Verbot der Abtreibung existieren in ungeheurer Schärfe in Oesterreich, Tschechoslowakei, England, Frankreich, Belgien usw., — sondern auch Gesetze zur Verhinderung der Aufklärung der Frauen über Empfängnisverhütung.

### Der einzige Ausweg — Kampf!

In allen kapitalistischen Ländern herrscht die dreifache Ausbeutung der Frauen, Minderbezahlung — Entrechtung — schuldig als Arbeiterin und Mutter — heute ausgepreßt durch

kapitalistische Produktion, morgen zur Kriegsdienstpflicht während imperialistischer Raubzüge.

Die Massen können das nicht mehr ertragen, sie suchen nach einem Ausweg — nicht nur das Proletariat, alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, der Bauern, der Intellektuellen, der zerrütteten Mittelstand. Die Rezepte der Kapitalisten, die Krise zu beheben, versagen. Hoover, Young, Briand, Cavaletti — sie sind mit ihrem Latein zu Ende. Aber die Arbeitermassen der kapitalistischen Länder sehen bereits ihren Ausweg im Kampf. Sie suchen nach, aber die Streiks von Lodz, die Streiks von Roubaix, die Textilarbeiter- und Bergarbeiterstreiks in Deutschland und Amerika signalisieren das Erwachen der Arbeiter. In ihren Reihen stehen die Frauen nicht als letzte, denn die Befreiung der schaffenden Frauen kann, wie das begeisterte Beispiel der sowjetrussischen Arbeiterinnen und Arbeiter zeigt, nur zugleich im Befreiungskampf des Proletariats geschehen.

*Ein Brief für proletarische Kinder*



Mein Vater fährt zur See — doch er hat kaputte Stiefel . . .

. . . und ich habe Hunger!

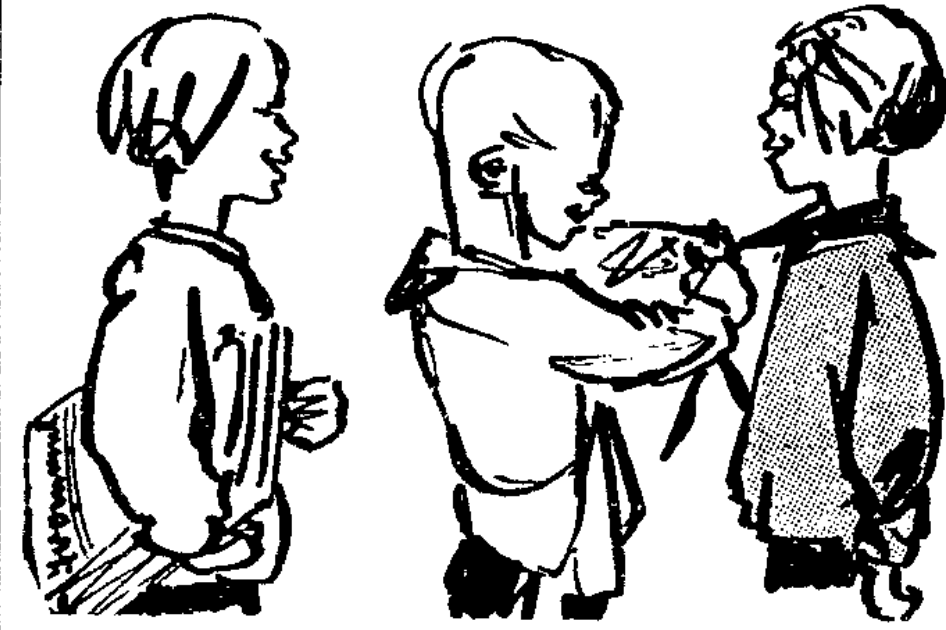
Auf unsere Frage: „Vater, wird der Lohn abgebaut — was sagst du dazu?“ haben über 160 Kinder geantwortet. Wir setzen heute die Veröffentlichung dieser Briefe fort.

„Liebe Genossen! Mein Vater ist Seemann. Er fährt als Heizer. Meine Mutter und ich kriegen 80 Mark den Monat Heuer. Und meine Mutti sagt, im Januar wird es wohl so wenig, daß wir knapp Kartoffeln kauen können. Wir werden wohl nur noch 65 Mark bekommen. Davon sollen wir Miete bezahlen und Schuhe bescholen lassen und Zeug kaufen und auch noch essen. Und wenn mein Vater von der See kommt, haben wir nichts mehr und er kriegt auch keine Ueberstunden mehr bezahlt. Da kann er sich noch nicht mal neue Stiefel kaufen und seine alten waren schon ganz kaputt, wie er wegzuhrt. Aber mein Vater ist mit seinem Schiff in Rußland gewesen. Er schreibt, da kriegen die Seeleute mehr Heuer. Mein Vater schreibt, es würde wohl auch hier in kurzer Zeit so kommen, daß wir uns kaufen können, was wir gerne mögen. Aber erst müssen alle Arbeiter mithelfen und Kommunisten werden. Wir Kinder aber müssen Jungpioniere werden.“

Seid bereit!  
Isa Schl., 10 Jahre alt,  
Hamburg.



So fährt Vater zur See . . .



Werde ein junger Pionier!

bezahlen. Holzgeld 15 Mark. Lichtgeld 25 Mark. Wasserzinsen 7 Mark, Möbelversicherungsgeld 9,60 Mark Brandsteuer 10 Mark. Kleidung und was sonst noch an Schusterrechnungen kommt. Meine Mutter hat ein offenes Bein wo wir noch Salbe kaufen müssen. Nun könnt ihr euch eine Vorstellung machen, wie es uns ergeht, und was wir noch zum Leben übrig haben. Wem haben wir unser Elend zu verdanken? Nur den Kapitalisten. Anders kann es nur in einem freien, sozialistischen Deutschland werden. Darum macht Schluß und helft mit. Werdet junge Pioniere!

Seid bereit!  
Albert L., 11 Jahre alt, Winterstein (Thüringen).

### Wladimir Iljitsch Lenin

starb am 21. Januar 1924 im Dorfe Gorki bei Moskau. Wir ehren das Andenken unseres toten Führers, indem wir an diesem Tage einen neuen Kameraden werben, der mit uns alle das große Werk Lenins vollendet. Zum Kampf für die Betreuung der Arbeiterklasse.

Seid bereit!



Verantwortlich: Alfred Wende, Berlin.

### KAMPF MIT DER ROTEN HILFE FÜR DIE AMNESTIE!



FREIHEIT FÜR DIE OPFER DES § 218

### Ein Polizeihund ist mehr wert als ich

„Liebe Genossen! Ihr wollt Briefe haben auf die Frage: Vater wird der Lohn abgebaut. Auf diese Frage muß ich euch antworten. Mein Vater gehört nicht zu denjenigen, den der Lohn abgebaut wird, sondern zu denjenigen, denen die Rente beschritten wird. Warum wird meinem Vater die Rente abgebaut? Sie macht jetzt schon weniger aus, als ein Polizeibeamter kriegt, um einen Hund zu ernähren. Für neue Polizeifunktionen bei uns in Thüringen, für Rüstungszwecke, Panzerkreuzer, Flugzeuge usw., dies alles geht nur gegen die Sowjetunion. Jetzt will ich euch unseren Lebenslauf schildern. Mein Vater ist 70 Prozent arbeitsunfähig. Bekommt monatlich 50,50 Mark Rente. Bekam noch 15 Mark Sozialrente, die aber seit zwei Monaten vollständig fortgenommen ist. Es sind unser vier Personen. Mein älterer Bruder ist 20 Jahre alt. Er ist schon vier Jahre erwerbslos und erhält keinen Pfennig Unterstützung. Wir kriegen nun 606 Mark jährlich Rente. Davon müssen wir 218 Mark Zinsen

# Und immer wieder neue Verbote

**Keuzak.** Die SPD. beantragte bei der zuständigen Polizeibehörde die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, und die Verteilung einer Petition. Der Polizeibeamtete, der die zuständige heilige Kommandos leitet, schied so an der Antwort schriftlich:

An die Ortsgruppe Keuzak, der kommunistischen Partei  
i. Hd. Herrn Teske, hier.

Die für Freitag, den 8. d. Mts., gestern hier angemeldete öffentliche politische Versammlung wird verboten.

**Begründung:** Von der Sozialdemokratischen Partei ist bereits für dieselbe Zeit eine öffentliche Kundgebung vorher angemeldet gewesen. Bei den bestehenden Gegenöffentlichkeiten, ist mit einer Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu rechnen. Die Versammlung wird auch weiter verboten, weil der als Hauptreferent vorgesehene Herr Teske in seinen Reden wiederholt zu schweren Verstößen gegen das Revolutionsgesetz sich hat hinreichend lassen.

Die Versammlung unter Auflage stattfinden zu lassen, muß ich mir verweigern, weil die hiesige Ortsgruppe der SPD. wiederholt bewiesen hat, daß sie die ihnen gemachten Auflagen nicht erfüllt.

Mit diesem Verbot der Versammlung erkräftigt sich auch die Genehmigung des Platzes.

Die zur Verbreitung eingereichte Petition wird nicht freigegeben, sondern eingezogen. Es fehlt die Angabe des verantwortlichen Verlegers, auch genügt der Vermerk verantwortlich nicht. Auch inhaltlich wird die Petition beanstandet, weil sie in etwa einen größeren Personalkreis in ihrem Namen herabschreiben. Sie enthält mehrfach beleidigende Beschimpfungen von politischen Gegnern.

Meine Wohnnahme stützt sich auf die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Befämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 2. 31 und § 6 des Reichspressgesetzes.

Die Begründungen zu den Verboten sind dreifach an den Parteien herbeigegeben. Die „Gegenöffentlichkeiten“ zwischen der SPD. und der SPD. sind nicht überprüfbar in politischer Hinsicht. Es wird aber keinem SPD. Arbeiter einfallen, eine sozialistische Versammlung zu halten, sondern wir haben viel eher Anlaß, diese Zusammenkünfte der SPD. zu befehlen, um mit den SPD. Arbeitern zu diskutieren.

Wenn man dem Gewissen Gewissen normiert, er habe in seinen Reden wiederholt zu schweren Verstößen gegen das Revolutionsgesetz sich hinreichend lassen, so kann mir, daß die Redatoren, die ihr Referat wieder mit blutigen Redenarten — auch gegen die Republik — keine derartige Verbote erhalten.

Alle diese Schikanen werden uns nicht hindern, das kapitalistische System so zu zeichnen, wie es ist. Man mag uns das Maul verbinden, doch die Millionen Proleten, die in Hunger und Elend leben, wissen, wo die Partei ist, die rücksichtslos allen Terror zum Troß die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt.

## Die SPD. verhöhnt Hungernde

### Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten für die Ermittlung Erwerbsloser

**Schmieberg.** Mit dem Steigen der Erwerbslosenzahl, dem laufenden Unterstützungsabbau, macht sich als Auswirkung eine ungeheure Massenverelendung bemerkbar. Als Folgeerscheinung dessen, die Unmöglichkeit der Zahlung der Mieten. Dies zeigt sich auch bei einem großen Teil jüdischer Mieter. Jahrelang erwerbslos, sind sie schon lange nicht mehr in der Lage, Miete zu zahlen. Der Magistrat machte daher kurzen Prozeß. Kurz vor Weihnachten sah er den Beschluß, den Wohlfahrtsempfängern pro Woche zwei Mark von der Unterstützung einzubehalten, gleichzeitig Ermittlungen durchzuführen. Der Erwerbslosenausschuß sammelte sofort einige hundert Unterschriften gegen diese Maßnahmen. Der kommunistische Stadtverordnete Weist stellte sofort einen Antrag, auf eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung, die zu diesen Maßnahmen Stellung nehmen sollte. Dieser Antrag wurde auch von einigen SPD.-Stadtverordneten mit unterschrieben. Der Magistrat dadurch unsicher geworden, verschob diese Maßnahmen zum Neujahr. Am Donnerstag, dem 7. Januar, fand nun eine Grundstückskommission mit Hinzuziehung der den Antrag unterzeichneten Stadtverordneten statt, in der zum Mietenrückstand betr. Unterstützungsabbau und Ermittlung Stellung genommen wurde. Hier zeigte sich nun der Verrat der SPD. Vertreter an den Interessen der Erwerbslosen. Trotzdem in dreistündiger Debatte der kommunistische Vertreter wiederholt darauf hingewiesen, daß auf Grund der niedrigen Unterstützung es nicht möglich sei, Miete zu bezahlen, stimmten die SPD.-Vertreter Hand in Hand mit den Bürgerlichen für Unterstützungsabbau und Ermittlung, mit der verhöhnenden Begründung: böswilliges Nichtzahlen der Mieten. Als vorbildliche Leuchten als Arbeitervertreter zeigte sich hierbei das Verhalten der SPD.-Stadtverordneten Menzel und Fremnd. Menzel erklärte, er erhalte auch nur Erwerbslosenunterstützung und seine Frau nur geringe

## Die Unternehmer sparen — auf unsere Knochen

**Rauisch.** Auf dem hiesigen Journalewert verunglückte der Arbeiter Max Lehmann tödlich. Die Unglücksfälle in diesem Werke nehmen sich. Ein ungeheures Antreibermittel herrscht in dieser Fabrik. Dabei wird an allen Ecken so gespart, daß die Knochen der Proleten riskiert werden. Die schlechte Beleuchtung auf dem Mundholzplage verursacht schon mehrfach Unglücksfälle. Die Arbeiterschaft im Betriebe muß energisch fordern, daß die Unfallverhütungsbestimmungen eingehalten werden. Zu den Forderungen der Belegschaft um auskömmlichen Lohn muß Sicherheit für Leben und Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter verlangt werden.

Unterstützung (ohne Minder) und wisse selbst wie schwer es ist, aber etwas könne man „abstoßen“. Freund erklärte: Manche Leute glauben vielleicht, das er gut reden könne, da er Haus und Laden besitze. Er ist aber seit zwei Jahren erwerbslos, erhalte keine Unterstützung, habe auch keine Angehörigen der Stadt nicht zu Last fallen lassen, und er müsse zeitweise mit 9 bis 10 Mark pro Woche auskommen. Die Ansprüche dieser beiden Vertreter beharrte natürlich die Bürgerlichen in ihrer Behauptung. „Böswilliges Nichtzahlen der Mieten“. Die ganze Sache fand nun wiederum auf Grund des Abbaues des kommunistischen Stadtverordneten in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung zur Debatte. Dasselbe war ziemlich hart von Erwerbslosen beachtet. Bei Beginn der Sitzung wurde ein Erwerbsloser, welcher unter den erregten Erwerbslosen Anführerrolle gemacht haben sollte, von der Polizei rausgeschmissen. Bei der Behandlung des Punktes Mietrückstand stellte der Deutschnationale Stadtverordnete Vorsteher Böhmig aus zum: vor der letzten Sessionität des Antrags, nur ein Antrag der Grundstückskommission entgegenzunehmen, um so eine Debatte über das Elend der Erwerbslosen zu verhindern. Dieser Antrag wurde von SPD. und Bürgerlichen angenommen, und somit die Ermittlung und der Unterstützungsabbau von den genannten Stadtverordneten außer dem kommunistischen Vertreter nochmals bestätigt. Der Antrag des kommunistischen Stadtverordneten, diesen Tagesordnungsgegenstand zur Debatte zu stellen, um den Beweis der Zahlungsunfähigkeit der Erwerbslosen zu erbringen, wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Hier nur ein Beispiel von einem jüdischen Mieter der ermittelt wird. Dieser Arbeiter, seit 8. Dezember 1930 erwerbslos, erhielt bis April 1931 14,60 Mark pro Woche Unterstützung (Mann und Frau). Bis April 1931 hat er voll und ganz die Miete gezahlt. (Natürlich immer ersparte Groschen zugelegt.) Vom April ab erhält er nur noch 10,80 Mark pro Woche, kann deshalb die Miete nicht mehr bezahlen. Wird laut Beschluß SPD. und Bürgerliche ermittelt. Das nennt man „böswillige Nichtzahlung“. Dieses Beispiel könnte man beliebig ergänzen.

Der Stadtverordnete Freund (SPD.) glaubte, seine in der

angehlich „heimlichen Grundstückskommission“ gemachte Erklärung verschönern zu können, und versuchte den Gewissen Reist als Lügner hinzustellen, bestärkte aber in seinen Ausführungen die vom Gen. Weist festgestellten Tatsachen. Diese Sitzung hat erneut den Verrat der SPD. und Bürgerlichen gezeigt, was sich auch dahin äußerte, das am anderen Tage ein SPD.-Arbeiter seinen Eintritt in die SPD. verlangte. Aus all diesen Vorgängen müssen die Werksbesitzer erkennen, wer ihre Interessen vertritt. Darum schart euch um die kommunistische Partei, die nur allein eure Interessen vertritt. Während der Sitzung brach ein ausgehörter Arbeiter im Hörsaalraum ohnmächtig zusammen.

Das Schmiebergerer Volksblatt bezeichnet in seinem Bericht von der Stadtverordnetenversammlung, den Kampf der Erwerbslosen wiederum nur, als einen reinen Agitationskampf der Kommunisten. Stadtblattlesende Arbeiter zieht daraus die Lehre. Hinweg mit diesem Schmierblatt und las die „Arbeiter-Zeitung“.

## Standalöse Zustände im Krankenhaus

**Wölfl.** Nachfolgendes wurde uns von einem ehemaligen Anlassen des Göttinger Krankenhauses übermittelte:

Ueber das Dasein im jüdischen Krankenhaus haben sich die Stadtväter schon sehr oft den Kopf zerbrochen. Eine der vielen Ursachen, warum die Belegung immer schwächer wird, soll hier angeführt werden. Die Männer im Jüdischen sind zwar nicht Kastraten, aber Gehirnschwächen, werden aber als solche behandelt. Der Stationschef Dr. Schulz sucht dort Vornam, als ob er ein ewiglicher Würdenträger wäre. Er scheint ganz zu vergessen, daß sich kein Kilo Gehalt in der Handtasche aus Arbeitergehältern zusammenkommt, daß die Proleten in Form von Steuern, Versicherungsbeiträgen und so weiter. Mit seinem köstlichen Rindfleisch hat er sich unsterblich geputzt. Am Tagesanfang hat ein Schild: Das Krankenhaus ist nur geöffnet von 6 Uhr gefastet. Am Abend hängt ein zweites: „Das Krankenhaus ist geschlossen“. Das im Krankenhaus nicht getrunken wird, ist eine unüberwindliche Last und das Langweilend und so weiter. Bei dem eigenen Interesse. Wer will es aber besorgen? Paradies, wenn Zustand es erlaubt, verdienen, um Fieber zu vermeiden. Fieber die Entlohnungen von Kranken Menschen etwa höher, als von Kranken der Zigarette? Auf anderen Stationen, der 5. und 6. ist man sehr stolz, ist man nicht so zimperlich in der Handhabung. „Unter einem, ich haben gemacht“, frägt er einen Mann in den fünfziger Jahren an. Als dieser erwiderte, daß er draußen eine Zigarette geraucht hat, erwiderte er an, daß Stationschef Frieda streng darauf achten soll, daß Formidants nicht geraucht wird, denn das Krankenhaus ist ein heiliger Ort. Ein anderer Mann, der um die Ränderlands hat, gab er zur Antwort: „Das Krankenhaus ist nur eine dumme Angewohnheit, werden sie sich doch einen Jahrgänger in den Mund!“ Was würde er wohl sagen, wenn Kranke im gegenüber einen verächtlichen Ton erlaubten? Wie ein Mann auf dem Weist wurde er sich aufblähen! Herr Schulz, nehmen Sie sich den ein Beispiel an Dr. Handrad, der stets bößlich und davon auch belacht bei den Anlassen ist.

Herr Dr. Sch. führt neben seiner Tätigkeit als Stationschef auch noch eine Privatpraxis auf der Jacobstraße aus. Gegen 12 Uhr kommt er ins Krankenhaus gerast, wo er die Station 1, (Station 2 ist schon monatelang unbesetzt, Station 4 seit etlichen Wochen), Station 3 und inneres zu besuchen hat. Er macht manchmal um 1 Uhr, 2 Uhr bis 2 Uhr, auch um 6 Uhr Visite, manchmal auch gar keine. Mitunter wird angefragt, daß er um 2 Uhr kommt, vielfach wird es aber auch vergessen!

Dieses einzig Warten und Anwesenheits in seinem nicht zum Vorteil der Patienten. Die Gewohnheiten von ihm sind: „Er sitzt in den Zähl und jagt an einer Reihe von 11 Betten vorbei, mit den Worten: Hier gehts gut, hier ebenfalls, ist auch schon besser, zeigen Sie mal die Junge, den habe ich gestern untersucht, den nehme ich morgen vor!“ Krankenbehandlung am laufenden Band. Nur die 11 Betten der anderen Seite hat er dann keine Zeit mehr, da geht er durch die Mittel. Ein junger Kranker vom Lande erkrankt einen Nachanfall und jagt: „Seit ho ic uff de Uhr gahen, nich ganz 30 Minuten hots dauert!“ Große Heiterkeit bemächtigte sich der Patienten, als die Bemerkung fiel, Untersuchungen von einer Stunde waren auch schon da! Beiläufig ist es, wenn der Monsterraus das linke Auge zufließt, in das rechte einen Waschlappen zwängt und mit verzerrtem Munde, nach acht wühlmännlicher Stützermethode, wie kann er fern, wie liegt du in wähl die Ziebrack anwartet.

Früh und abends ist Warte durch den Stationsarzt, meistens durch den Stationschef Dr. Sch., eine ziemlich unethische Belästigung der Patienten. Gracinal wäre vollkommen genug und die Kranken hätten etwas mehr Ruhe. Herr Dr. Sch., dessen ärztliche Fähigkeiten hier nicht angezweifelt werden soll, ist vollkommen überflüssig im Krankenhaus. Doppelverdiener hat ja seine Privatpraxis in der Stadt haben in einer jüdischen Klinik überaus nutzlos zu haben! Es gibt genug fleißige Ärzte. Bei der geringen Belegung kann

## Verkappte Arbeitsdienstpflicht

**Wölflersdorf.** Die Augenwischen haben vom Arbeitsamt Wohnung die Aufforderung erhalten, sich in der Volkshalle am 12. Januar zur weiteren „Fortbildung“ einzufinden. Wer nicht erscheint, dem wird die Unterstützung entzogen. Der Unterricht findet Dienstag, Donnerstag im Abtag statt. Jeder Augenwische hat „pünktlich und gehoramt“ zu sein. Ein Augenwischer, der ein paar Minuten zu spät zum Unterricht kam, wurde vom Kursleiter Schmidt angeordnet: Die Aufmerksamkeits des Zuhörers zeigt, was man alles mit diesen jugendlichen Erwerbslosen vor hat. Man will sie zu willfährigen Ausbeutungsobjekten der Unternehmer erziehen. In der Schule herrscht ein Kastrationshofen. „Rechts um!“ — „Links um!“ — so schwärzen die Kommandos der bürgerlichen Erwerbslosenmacher. Zum Unterrichts soll jeder Augenwische sich ein Paar leichte Schuhe besorgen. Das ist sehr gut gesagt von diesen jungen Herren, aber woher sollen die Erwerbslosen die Mittel beschaffen? Sämtliche Kurslehrer sind Mitglieder der bürgerlichen Klasse. Die Kurse laufen in der Zeit von 16 bis 20 Uhr.

**Junagarbeiter!** Wegen diese Pflichtarbeit organisiert die entschlossene Abwehr. Der KAW. als der Führer der Klassenbewussten Junagarbeiter und Arbeitermädels wird mit euch die entscheidenden Maßnahmen treffen.

## Die vielgepriesene Caritas

schenkt alte Lumpen, und verlangt dafür den „Gottesgläubigen“ Schweidnig. Ein langjähriger Arbeiter mit größerer Familie erhielt ein gebrauchtes Kinderbett, als „Weihnachtsgabe“ der Caritas. Einige Tage darauf erfolgte ein „freundlicher Besuch“ einer Caritasdame, und wieder später kam Herr Pastor Wolf persönlich angelangt. Seine Privatpredigt hatte folgenden Inhalt: Sie haben leider diese schöne Gabe erhalten; mit Schreden habe ich erlahren, daß Sie aus der evangelischen Kirche ausgetreten sind; Sie sind ja konfessionslos! Geben Sie schnell die Bettstelle zurück!

Der Erwerbslose stellte dem „Seelforger“ anheim, die Bettstelle auf dem eigenen Rücken mitzunehmen. — Da zog der Pastor ab, mit einigen Abschiedsworten. Der Erwerbslose erklärte nun seinem Betttritt zum VpD. . . .

Ebenso christlich und freischig ist man bei der katholischen Caritas. Eine arme Frau mit einigen Kindern (darunter ein Kind mit Beinleiden) bekam zu Weihnachten etwas Kinderwäsche und Pfefferkuchen, im Werte von 2,50 Mark! Der wertvollen Weihnachtsgabe lagen eine Serie Heiligenbilder bei! Zur Erbauung der Seele! . . . Und das Elend und der Hunger?! Auch diese Familie wird den Weg aus der Kirche finden . . .

Einem Arbeitslosen gab man ein Paar Schmirfchuhe als „Weihnachtsgabe“. Nach 4 Tagen lief er schon auf „preußischen“ Erdboden, weil die Sohlen der Schuhe schon verrotzt waren!

Weg mit den Bettelgehilfen der herrschenden Klasse; fordert Arbeit und Brot, das ist euer Recht; werdet Klassenbewusste Streiker in den Reihen der SPD.

## Standalöse Zustände im Krankenhaus

man nicht mit der Ausrede der Heberlastung kommen. Den Arbeitern in der Fabrik, den man durch Wohnabbau und Antretter bis auf die Knochen ausbreut, frägt man auch nicht, ob er in den Seilen des Kapitals zusammenbricht. Herr Oberbürgermeister Dümmer, hier wäre ein Punkt, wo Sie bestimmt die Sparmaßnahmen ansehen könnten, und damit mehr Bekämpfung hätten, als bei den armen Straßenkehrern.

Wir glauben, daß Dümmer ist groß genug im Krankenhaus. Jetzt geht es zu der Frieda! So ein Mädchen, wie die Frieda, war noch nie da! Ein Weiberempler ist die Stationschwester. Durch ihr zartfüßiges Wesen und das ewige Geschwätz und verdoße Geier fällt sie den Kranken den ganzen Tag auf die Nerven. Welche dem Krankenhaus, der sich bei ihr nicht lieblich gemacht hat! Sie, das Schilaniert und niedert sie auf kindliche Art nach Weist, bis er von seine Entschlossenheit nachdrückt, selbst wenn er kaum auf allen Vieren fort kann. Selbige bis in die Abstrichnahme nicht sie wie ein geübter Pfli, nur inrapier: ihr Weisprach nach Tadellosigkeit. Stets hat sie ein offenes Ohr für Klatschereien. Sie ihr die ihr Unterstellten, die bekräftigt ihre Stellung zu halten, zuzugew. Alles wird heißwarm bei Dr. Sch. übermittelte. Frieda sie es doch einmal fertig, Dr. Sch. erwiderte von seiner Privatwohnung Jacobstraße nach dem Krankenhaus zu zitierten und servierte allerhand Klatschereien. Er rüffelte daraufhin um 18 Uhr einen Mann ab, vor allen Anwesenden, sah sich aber dann genötigt, den größten Teil der Partiküre zurückzunehmen. (Wir fürchten, daß Dr. Sch. sich im menschlichen Interesse Schaden zufügt an seiner „kostbaren“ Gesundheit!) (St. ei war das ein Reinfall!) Sein Kronzeuge zu dem Vorgehen war ein 50jähriger Rajmann, dem das Gericht am 23. 12. 31 ein Jahr Gefängnis andrumpfte, wegen Urkundenfälschung. Stationschef Frieda behält die Freiheit, eine Woche lang die Partiküre, sie nach dem Garten ging, zu verschleppen. Man, die frische Luft atmen wollten, konnten erst auf Umwegen ins Freie gelangen. Diese Schikanierung und Freiheitsberaubung ist einfach unerhörte. Die Hausordnung besagt, daß jeder um 8 Uhr, im Bett liegen muß. Aber öfters wurde das Licht schon um 18 Uhr eingeschaltet. Bei Beschwerden hin, erklärte Stationschef Frieda, daß gehört werden muß. Warum brennt denn das Licht in anderen Zimmern bis tief in die Nacht hinein? Dort wird wohl der Strom strahl geliefert? Die halbe Frieda behauptet alle, die sich nicht ganz zu Helmut begnadigen lassen und den Mund aufmachen, als Finchovatten!

Man weiß nicht, ob sie von sich auf andere schließt! Viele Anwesen waren vor ihrer Einlieferung erwerbslos, bezog Wohlfahrtsempfänger und sind froh, wenn sie etwas länger im Krankenhaus bleiben können, um wenigstens vor dem Verhungern geschützt zu sein. Deshalb läßt sich auch die Mehrzahl alle Freiheiten gefallen und wagt es nicht anzuzweifeln. Es sei ausdrücklich festgestellt, daß sich die Oberärztlichen, der das gekannte weibliche Personal unterstellt ist, Schwereführernden Patienten gegenüber Lortest verhält, die Bekimmede unterrichtet und für Abhilfe sorgt.

Ein Patient, der einen Kameraden auf Station 1 brechen will, würde ja bloße sein und sich dort in die Betten flüchten. Betritt er nur einige Treppenhufen, wo außerhalb des Saales weinende Kameraden sind, dann kommt eine Karbolischwester angeschwoben und stößt „bitte weitergehen, der Luftschalt ist laut ärztlicher Anordnung nicht gestattet.“ Auch im Winter würden die Nachtbettlagerigen Kranken gerne an sonnigen Tagen dem stinkenden Saal ein Viertelstunde entziehen und ihre Lungen mit frischer Luft füllen, wenn — wenn man ihnen nicht die Mäntel bei der Einlieferung weggenommen hätte. Die Hauptsache jedoch ist, daß die Privatpatienten häufig warm angezogen spazieren gehen können.

Diese Zustände gegen die Patienten, muß ein Ende gemacht werden. Die kommunistische Fraktion und darüber hinaus die Gesamtarbeiterschaft, muß verlangen, daß diese Mißstände abgeändert werden.

Lenin — Liebknecht — Luxemburg!

„Es kommt eine Zeit und das Volk erwacht,
Es reißt sich zur Freiheit in fliegender Nacht.
Doch ewige Liebe, ruch, Brüder, besingt,
Die freudig für uns in den Tod ihr singt.“
(Russischer Trauermarsch.)

Unvergänglich sind die Namen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingemeißelt. Millionen und aber Millionen Proletarier, Kolonialsklaven, Ausgebeutete, Unterdrückte und Entrechtete in allen Ländern der Welt haben dem großen internationalen Führer Lenin in ihren Herzen und Hirnen ein Denkmal bereitet, wie es kein Kaiser und kein König der bürgerlichen Welt je bekam. Lenin ist tot, der Leninismus lebt und steigt über alle seine Feinde. Er ist der Stern, der der Millionenarmee des internationalen Proletariats vorangeht im Ringen für das große Befreiungswort des Sozialismus.

Am 16. Januar jährt sich zum 18. Male der Todestag Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. 13 Jahre sind es her, seitdem die

Landeskonferenz Schlesien!

Am 6. und 7. Februar in Breslau. Nehmt sofort Stellung dazu.
Wählt liberal Delegierte. Die Konferenz wird auf breiter Einheitsfront durchgeführt. Deshalb muß vor allen Dingen Wert auf Delegierte aus bürgerlichen und reformistischen Organisationen gelegt werden. Die Finanzierung muß durch Vergabe von Sammelkästen sichergestellt werden.

Führer der deutschen Arbeiterschaft unter den Schlägen und Schüssen der von den Sozialdemokraten Cbert, Noske und Scheidemann sowie Wels u. Co. entsefelten weißen Nordbestie zusammenbrachen.

Rosa Luxemburg wurde im Jahre 1871 in Rulisch-Polen geboren. Bereits mit 18 Jahren mußte sie wegen Teilnahme an der Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Polens flüchten. Das war die Zeit, in der die Revisionisten in der 2. Internationale und insbesondere in der deutschen Sozialdemokratie (Bernstein) den Marxismus durch die „Theorie der friedlichen Entwicklung“, durch „Reformen und Demokratie zum Sozialismus“ „erlehten“. Mit Beginn ihrer revolutionären Tätigkeit in Deutschland (1892) nahm Rosa Luxemburg den Kampf gegen den Revisionismus, für die Verteidigung des Marxismus auf. Diesen Kampf führt sie als der Kopf des linken Flügels der Sozialdemokratie während der ganzen Periode der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zum Opportunismus und schließlich zum Sozial-Chauvinismus.

In der Seite Rosa Luxemburgs stand Karl Liebknecht. Als Sohn des alten Revolutionärs und Führers der Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht, wurde er seit seiner frühesten Kindheit mit der sozialdemokratischen Bewegung und ihrem Kampf befaßt. Er war der unermüdete Kämpfer gegen die Kriegerentwertung des deutschen Imperialismus. Als Freund und Führer der Jugend war er der Dramatiker und Kopf ihres revolutionären antimilitaristischen Kampfes. Als Hauptreferent des 1. Kongresses der Internationalen Jugendbewegung (1907 in Stuttgart) entwarf er das antimilitaristische Manifestprogramm der Jugend. Die opportunistischen Führer der SPD, die den Kampf gegen den Militarismus „als unpolitisch und gefährlich“ ablehnten, führten gegen den „unreifen und unerschrockenen Sozialrevolutionären“ Liebknecht den schärfsten Kampf.

Im Januar 1914, als die 2. Internationale zusammenbrach, und ihre „sozialen Repräsentanten“, die Führer der sozialdemokratischen Parteien vom Opportunismus zum Hurra-Patriotismus und Sozial-Chauvinismus übergingen, waren Karl und Rosa die einzigen, die das Banner der internationalen Klassenkämpfe hochhielten. Aus fälschlicher Parteipolitik stimmte Karl Liebknecht bei der ersten Abstimmung im Deutschen Reichstag über die Bewilligung der Kriegskredite mit der sozialdemokratischen Fraktion. Jedoch schon bei der zweiten Abstimmung erhob er seine Stimme zum Kampf gegen den Krieg und stimmte als einziger der Fraktion dagegen.

Bei den ersten Verhaftungen, die Taten der internationalen Verbindung wieder aufzunehmen, um den Kampf gegen das imperialistische Weltverbrechen durch den revolutionären Massenkampf zu bewahren, waren Luxemburg und Liebknecht die Führer der deutschen Front und insbesondere der mit heroischem Opfermut kämpfenden Arbeiterjugend. Die für ihre revolutionäre Tätigkeit über sie verhängten Gefängnis- und Zuchthausstrafe nahen mit dem Herannahen der Novemberrevolution ihr Ende. Sofort handten sie mitteran an der Spitze der revolutionären Arbeiter, um den Verrat der sozialdemokratischen Führer zu entlarven und in keine Gefahr schenker, selbstausgebender Weise die revolutionäre Bewegung vorwärts zu treiben. Mit den zu Tausenden von der Konterrevolution hingerichteten Arbeitern fielen auch Karl und Rosa. Von der von Noske geführten weißen Soldateska gefangen genommen, wurden die „Zuchthändler und Anarchisten“ Liebknecht und Luxemburg auf Friedrichshagen hingerichtet. Die große, ja gewaltige Bedeutung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts für die deutsche Arbeiterbewegung soll zu werden, und in ihrem Sinne, gerüstet mit den Erfahrungen der Vergangenheit, die revolutionären Kämpfe vorwärts zu treiben, erfordert jedoch gleichzeitig die Aufseignung der von ihnen begangenen Fehler. Dies gewinnt insbesondere in der gegenwärtigen Zeit, in der die trocknistischen und brandstiftischen Vertreter des Sozialfaschismus unter der Arbeiterschaft durch Hervorhebung und Nebertreibung der Fehler Rosa Luxemburgs Verwirrung schaffen wollen, größte Bedeutung.

Der Führer der bolschewistischen Partei der Sowjetunion, der Genosse Stalin, dachte in seinem Brief an die Redaktion der Zeitungs „Proletarische Revolution“ diese trocknistischen, konterrevolutionären Versuche auf. Auch in Deutschland bemühen sich die Vertreter der Sowjetpartei (ZPK), die Fehler Rosa Luxemburgs für ihre erbitterte Tätigkeit auszunutzen.

Die notwendige Kritik unter gleichzeitiger Hervorhebung der Bedeutung Rosa Luxemburgs formuliert Lenin in seinem Buch „Der Abulialismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ folgendermaßen (1921 erschienen, Seite 120):

„Paul Levi verachtet jetzt bei der Bourgeoisie und folglich bei der 2. und 2 1/2 Internationale — ihren Agenten — sich besonders

berdient zu machen, indem er gerade jene Werke Rosa Luxemburgs neu veröffentlicht, in denen sie auf dem Holzwege ist. Wir antworten darauf mit zwei Zeilen aus einer alten russischen Fabel:

Ein Adler fliegt oft tiefer als ein Huhn, ein Huhn erreicht dagegen nie den Adlerflug.

Rosa Luxemburg irrt in der Frage der Unabhängigkeit Polens, sie irrt 1908 in der Beurteilung des Kapitalismus, sie irrt in der Theorie der Akkumulation des Kapitals, sie irrt, als sie im Juli 1911 neben Plechanow, Wandervelshe, Kautsky u. a. die Vereinigung der Bolschewisten mit den Menschewisten erstrebte, sie irrt in ihren Gefängnisaufzeichnungen von 1918 (überdies hat sie nach dem Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 und Anfang 1919 den größten Teil ihrer Fehler korrigiert).

„Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein flinkender Leichnam“ — mit diesem Ausdruck wird Rosa Luxemburgs Name in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingehen. Auf dem Spiterhofe in der Arbeiterbewegung aber, zwischen Fingerhansen, werden Bühnen von der Art Lebis, Scheidemanns, Kautskys natürlich den Fehlern der großen Kommunisten ein begeistertes Loblied singen. Jedem das Seine.“

Diese Feststellungen Lenins zeigen zugleich seine Bedeutung für die Herausbildung und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie für die gegenwärtige Epoche. Geboren 1870 in der Stadt Simbirsk, nahm er seit seiner frühesten Jugend an der revolutionären Bewegung Rußlands aktiven Anteil. Im Jahre 1893

gründete er in Petersburg (Leningrad) die ersten Arbeiterzirkel und war seitdem der Führer und der Kopf der russischen sozialdemokratischen, später bolschewistischen Partei und der internationalen revolutionären Bewegung.

„Der Leninismus“, sagt der beste Schüler Lenins, der Genosse Stalin, „ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus, der proletarischen Revolution im allgemeinen und der Strategie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen“. Lenin war es, der den von den Revisionisten aller Schattierungen mit Schlamm überzogenen Marxismus reinigte und ihn in seiner ganzen Klarheit wieder zur Richtung des revolutionären Massenkampfes machte. Er gab dem internationalen Proletariat die Lehre von der Rolle der Partei im revolutionären Befreiungskampf und zeigte ihm in der Praxis die Anwendung der revolutionären Theorie für den Befreiungskampf. Er war der Schöpfer der heute die Welt umspannenden kommunistischen Internationale, er war das Herz und das Hirn des siegreichen roten Oktobers, er zeigte dem internationalen Proletariat den Weg zur siegreichen Organisation der Weltrevolution.

Der Todestag Lenins, Liebknechts und Luxemburgs mahnt uns, insbesondere in der gegenwärtigen Situation, in der die Frage des Kampfes der zwei Weltsysteme Kapitalismus und Sozialismus auf die Tagesordnung gestellt ist, besser noch als bisher an der Verteidigung ihres Wertes zu wirken. Woberzugend die Lehre Rosa Luxemburgs aus den Januarkämpfen „wir hatten keine Partei“, mit der unermüdeten Lebendigkeit und Opferbereitschaft Karl Liebknechts, ausgerüstet mit dem uns von Lenin gegebenen Rüstzeug gilt es auch für uns rote Sportler, die vor uns stehenden entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen dem den Faschismus auf sein Schild erhebenden Kapitalismus und dem Proletariat zum Sieg und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu machen.

Sport vom Sonntag
Um die Breslauer Bezirksmeisterschaft
Rot-Weiß I schlägt Schwarz-Weiß I 3:1 (2:0)

Vor zirka 1000 Zuschauern trafen sich am geistigen Sonntag obige Gegner in der Vorrunde um die Breslauer Bezirksmeisterschaft. Der noch am Vormittag feite Boden wurde durch die Mittagssonne stark aufgeweicht und fand das Spiel unter miserablen Platzverhältnissen statt. Das Spiel unter miserablen Platzverhältnissen lief, zeigt von einer immer besser werdenden Spielweise der roten Fußballer. Der Spielbericht ist folgender:

Um 14 Uhr pfiß Schiedsrichter Wormit (Dynamo) das Spiel an. Mit dem Anstoß von Schwarz-Weiß und einem darauffolgenden Straßstoß geht es vor das Tor des Gegners. Die schlechten Platzverhältnisse lassen jedoch den abschließenden Torstoß vermissen. Beide Mannschaften sind in der Entfaltung ihres Könnens stark behindert. In der 21. Minute gelingt dem Mittelstürmer von Rot-Weiß der erste Treffer. Nach einigem Wechselläuf ist derselbe Spieler, welcher das zweitemal einfindet. Bis zur Pause herrscht offenes Spiel, doch sind die Schwarz-Weißen mit ihren Schüssen Karl von Pech verfolgt. Nach Halbzeit ist vorerst wieder offenes Spiel, doch wird Schwarz-Weiß mit der Zeit etwas überlegen. Die auf's Tor gezielten Schüsse Karl von Pech werden der Torwart, oder sie gehen ungenutzt daneben. In der 33. Minute können die Schwarz-Weißen ein Tor aufhaken. Das Spiel wird nun wieder sehr still und der Ausgleich trat in der Pause, als der Verteidiger den Ball zu scharf zurückgab, doch kann der Torwart mit größter Mühe klären. Die Rot-Weißen sind jedoch glücklicher in ihren Aktionen und können fünf Minuten vor Schluß ein drittes Mal einfinden. Das Spiel läuft nun hart ab und kann Rot-Weiß als glücklicher Sieger den Platz verlassen.

Gesellschaftsspiele

Schwarz-Weiß I — Schwarz-Weiß II 3:0.
Grün-Weiß III — Schwarz-Weiß III 2:0.

Fichte Breslau 1 — Fichte Bernstadt 1 6:2

Der neu zur roten Sporteinheit zugetretene Fichte Bernstadt hatte seinen Namensvetter aus Breslau zu Gast. Folgender Spielverlauf wird uns berichtet: Die noch junge Bernstädter Elf hatte gegen die einseitigen Breslauer im ersten Teil wenig zu bestellen. Bis zur Halbzeit gelang es den Breslauern 3:0 in Führung zu gehen. Nach der Pause schoben die Breslauer drei weitere Tore, denen Bernstadt durch Umstellung der Mannschaft zwei Erfolge entgegenzusetzen konnte.

Die Bernstädter zeigten in ihrem zweiten Spiel schon recht achtbare Leistungen und werden diese mit der Zeit bestimmt noch steigern.

Roter Handball

Süd I — Fichte lomb. 7:1

Der Aufwuchs Fichtes wird von Süd abgefangen und es gelang ihnen im Anschluß daran den ersten Treffer zu buchen. Fichte geht nun damit auf und kann in kurzen Abständen zweimal einleunden. Bis Halbzeit bleibt es bei diesem Resultate, und nach dieser ist es wieder Fichte, die fünf weiteren Tore erzielen können.

Die noch junge Süd-Mannschaft konnte bei etwas Disziplin weit bessere Resultate herausholen.

Agitationsbezirk

Heute, Montag, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Gardjan, Bergmannstraße.

Reformistische Demagogie

ist das, was sich der Breslauer „Volkswacht“-Sportberichterstatter für Fußball im Bericht vom Spiel Waldenburg—Diubenburg leistet. Dieser „eheliche“ Arbeiterportberichterstatter schreibt in der „Volkswacht“-Sportbeilage vom 11. Januar in der Einleitung seines Berichtes: „Eines aber ist unzweifelhaft: Trotzdem die Oppo im Waldenburger Bergland die verzweifeltsten Anstrengungen macht, Fuß zu fassen, obwohl man nichts unversucht läßt, die Einheit der Arbeiterbewegung zu zerschören, bewies das gestrige Spiel, wo die Massen heben. Obwohl mit größtmöglicher Kollapsentwicklung ein Spiel der Einheitspartei Stern-Jriau — Eiche-Nieder-Salzbrunn in Szene gesetzt worden ist, mußte die Oppo erkennen, daß ihr Erfolg gleich Null ist.“ Sehr gut geschrieben, Genosse Berichterstatter von

der „Volkswacht“. Aber eine Frage an dich: Warum meidest du ebenso wie deine „Vundesgenossen“ in höheren Positionen, die Wahrheit wie die Frage den heißen Brei? Hast du schon einmal in aller Öffentlichkeit, z. B. in der „Volkswacht“ oder der „Bergwacht“ Stellung genommen, warum es zum Ausschluß Jriau und Nieder-Salzbrunn gekommen ist? Nein, denn dann müßtest du zugeben, daß der Fall Räger im 14. Kreise des VTKuB. als Korruption überhört Sorte besteht. Sprichst es nicht für sich, wenn ein der Verletzung überführter M. D. Räger dem Bezirksfußballwart „Aufbedingung weiterer Schweinereien“ androht? Warum hast du in der „Volkswacht“ oder der „Bergwacht“ zu den von uns veröffentlichten Tatsachen im Fall Räger nicht geantwortet? Warum schweigst du nun auch der Bezirksratsvorsitzende Wähler in dieser Angelegenheit aus? Keiner von euch schreibt in der Öffentlichkeit: der Fall Räger ist Tatsache. Im Gegenteil, ihr stellt den Fall Räger noch als „von der kommunistisch verfeuchten Bezirksfußballwart erfunden“ hin. Du beweist es am besten wieder mit deinen oben erwähnten Zeilen. Wie sieht es denn mit der Abmachung zwischen Räger einerseits und Bezirks- bzw. Kreisleitung (Reinzelmann) andererseits? Wem hat Herr Räger schon von seinem (übrigens noch von ihm selbst anerkannten) Kassenkonto zurückerstattet? Noch etwas zu deinen Zeilen. Es ist echt reformistische Demagogie, wenn du das Spiel Stern-Jriau — Eiche-Nieder-Salzbrunn mit dem Spiele Waldenburg gegen Diubenburg vergleichst. Wer hier den Zweck deiner Schreibweise nicht erkennt, dem kann man schon sagen (ohne ihn dabei zu beleidigen): „Für Dummheit gibt's kein Mittel und wenn du die ganze Apotheke prüft.“ Also, Genosse Berichterstatter, ehrlich bleiben. Warum schreibst du nicht, daß das Spiel in Nieder-Salzbrunn am Vormittag war? Aber du willst ja deinen Lesern nicht die Wahrheit sagen. Es ist schon so, ein anderes Spiel in Nieder-Salzbrunn hätte an diesem Vormittag auch keinen größeren Erfolg gehabt, als wie das stattgefunden. Es ist interessant, von dir zu hören, daß du unsere Vorladung in der „Arbeiter-Zeitung“ als gute „Kollapsentwicklung“ anspricht. Vielleicht holst du noch etwas nach und schreibst einmal, welchen Erfolg und wieviel hundert Zuschauer man beim Spiel Freiburg — Königsfeldt zu verzeichnen hatte, denn es fand ja am selben Vormittag in Freiburg statt. Also, bitte, in Zukunft etwas mehr „Ehrlichkeit“ und „Objektivität“.

Arbeiter-Rad- und -Krafffahrer-Kund „Solidarität“

Die Vierteljahresversammlung findet nicht am 20. Januar, sondern am 1. Februar im „Zentralballsaal“, Wettendstraße 50/52, statt. Bis dahin haben die Abteilungen Mikolator, Nürnberg, Jugend, Motorradfahrer, Kolentalk, Deutsch-Lissa und Friedewalde ein Jugendverzeichnis beim Genossen M. Pitzke abzugeben.

Abteilung Obertor: Laut Beschluß des letzten Abteilungsabends findet bis auf weiteres nur ein Abteilungsabend im Monat, und zwar immer Montag nach dem 15. im Monat bei Wierzorek, Partschstraße 6, statt. Nächster Abteilungsabend am 22. Februar.

Abteilung Scheinwig: 26. Januar Abteilungsabend bei Wolf, Schwabstraße 15.

Rote Sportler voran!

Die Freien Sportfreunde Görlitz überwiegen von ihrem solidarischen Fest der Roten Hilfe den Betrag von 65 Mark nachmachen!

Jeder rote Sportler

ist ein aktiver Kämpfer in der roten Klassenfront. Neben seiner täglichen Werbung für die rote Sporteinheit

liest und verbreitet

er die kommunistische Presse. Keine rührselige Geschichte bringt

die kommunistische Presse

sondern das tägliche Leben, den täglichen Kampf um Lohn und Brot, das Glend, die Rot des Proletariats.

# Briands Sturz

Die demokratisch-bürgerlichen Blätter ganz Europas jammern: „Im Friedensheld ist gestürzt“ und meinen — Aristide Briand, der als französischer Außenminister Laual Platz machen mußte.

Ein „Mann des Friedens“? Briand war einmal Minister, darunter einmal Ministerpräsident des imperialistischen Frankreich. Diese einfache Tatsache sollte die schweizerischen Parteien schon schlagend sein.

Briand ist wie viele der maßgebenden imperialistischen Staatsmänner der Nachkriegszeit ein Renegat der Sozialdemokratie. Während des Weltkrieges war er als Ministerpräsident für die tollsten chauvinistischen Exzesse verantwortlich. Er war ein Vorkämpfer für die Knechtung der „Reisigen“, für Versailles, Dames und Youngbillaie.

Briand zeichnete für die Außenpolitik des französischen Imperialismus in den letzten sieben Jahren verantwortlich. Jedem Werkfähigen sind die Aussagen der russischen Sozialdemokraten im Menschewiki-Prozess noch in Erinnerung, die eindeutig bewiesen haben, daß Briand der Hauptverantwortliche aller Interventionen gegen die Sowjetunion war. Alle Provokationen der französischen Basallenstaaten gegen die Sowjetunion wurden im französischen Außenministerium beschlossen. Auch die Fäden, die den tschechischen Provokateur Banek leiteten, der die Sowjetunion durch ein Attentat auf den japanischen Botschafter in den Mandschuren-Krieg verwickeln wollte, liefen in Briands Amtsräumen zusammen. Und der japanische Raubzug in der Mandchurei und Innerchina konnte nur mit aktiver Unterstützung Frankreichs begonnen und weitergeführt werden.

Aber gleichwohl verstand es dieser Exponent des räuberischen französischen Imperialismus wie kein anderer, die Schleier pazifistischer Phrasen über die aggressiven Außenpolitik Frankreichs zu decken. Seine noch Hunderten zählenden Reden im Völkerbund und auf den verschiedensten Abrüstungskonferenzen trübten den Friedensbeteuerungen. Und seine Idee eines europäischen imperialistischen Staatenbunds wurde geschickt wie kein anderes Experiment in ein scheinheiliges Gewand gekleidet, das das Entzünden aller bürgerlichen Pazifisten erregte.

Doch heute, wo relative Stabilisierung und Scheinkonjunktur des Nachkriegskapitalismus im Strudel der Krisis verfunken sind, werden auch die Möglichkeiten für friedliche Vereinbarungen zwischen den Imperialisten über die Verteilung der Tribute und die Ausbeutung der Kolonien geringer. Die beispiellose Krise, die in allen kapitalistischen Ländern wütet, hat die imperialistischen Gegenseite auf die Spitze getrieben. Alle internationalen Abmachungen und Verträge zerschellen an dem imperialistischen Bedürfnis nach Erweiterung der Absatzmärkte zur Überwindung der Krise.

Der Kampf um die Reparationen ist mit voller Heftigkeit entbrannt. Der Kampf um die Ausplünderung der Halbkolonie China hat bereits einen mit allen Vernichtungsmitteln der modernen Technik geführten Raubkrieg hervorgerufen. Das Steigen der Kriegskosten in Paris, verbunden mit einer chauvinistischen Hege der bürgerlichen Zeitungen hat kleinbürgerliche Pazifisten in glühende Kriegsanbeter verwandelt. Die Krise, die nun auch das Goldland Frankreich erfaßt, ruft eine radikale nationalistiche Welle in den kleinbürgerlichen Schichten hervor, auf die sich die imperialistischen Regierungen bei ihrer immer mehr einen abenteuerlichen Charakter annehmenden Außenpolitik zu stützen versuchen.

Heute ist ein Außenminister, der bombastisch verkündet hat: „Solange ich an der Stelle stehe, wo ich jetzt stehe, wird es keinen Krieg geben“, eine Belastung für die kriegerische Politik Frankreichs, obwohl Briands Politik voll und ganz den Interessen des französischen Imperialismus entsprach. Heute braucht die französische Imperialismus für diese Stelle einen Mann, dem man nichts vorwerfen kann, wenn der Kanonendonner des mandchurischen Schlachtfeldes in seinen Reden mitleidet.

Der Sturz Briands und die Übernahme des Außenministeriums durch Laval bedeutet eine Verschärfung des Kampfes der französischen Außenpolitik, die auf der kommenden Reparationskonferenz zu Verhören gesteigerter Tributentziehung an den deutschen Wertfähigen führen wird.

# Der »Vorwärts« preist Mussolini



In seiner Nummer vom 15. Januar stellt der „Vorwärts“ in einem Artikel „Europäische Einheitsfront“ fest, daß sich Mussolini nunmehr auf dem Wege der 2. Internationale befindet. Der

„Vorwärts“ ist geradezu begeistert davon, daß Mussolini nicht nur aus den Beschlüssen der 2. Internationale etwas gelernt hat, sondern noch mehr aus einem Artikel des „Vorwärts“ vom 29. Dezember vorigen Jahres.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß ganz Europa sich dem Gedanken Mussolinis in der Reparationsfrage anschließen müsse. Der Kampf, den man gegen Frankreich in der Reparationsfrage führe, habe gar keinen Sinn und Zweck, wenn diese europäische Einheitsfront — mit Mussolini an der Spitze — nicht zustande kommt. Frankreich, so meint der „Vorwärts“, könne nichts dafür, wenn es Reparationen fordert, weil es Schulden an Amerika zahlen muß. Daher müsse eine gemeinsame Front gegen Amerika gemacht werden und in dieser Beziehung weise Mussolini den Weg. Kurz, um zum Ziel zu gelangen, müsse man nach dem „Vorwärts“ unbedingt in den Fußstapfen Mussolinis wandeln.

Nun ist es vor allem eine Tatsache, daß gerade der Sozialdemokrat Hermann Müller den Vertrag von Versailles unterschrieben und daß die Sozialdemokratie immer Erfüllungspolitik betrieben hat. Wann und wo ist die zweite Internationale für die Streichung der Reparationen eingetreten? Sie alle haben doch stets die imperialistischen Verträge als ein Heiligtum betrachtet.

Die Reparationen sind so verteilt, daß für Italien nichts abfällt. Dagegen ist Italien an Amerika verschuldet. Von einer Streichung der Schulden hat Italien nur zu gewinnen. Und daher spielt sich Mussolini als ein Vorkämpfer für Reparationsstreichungen auf. Mussolini versucht hier Deutschland für seine Interessen vorzuspannen. Und findet hierin die begeisterte Zustimmung des „Vorwärts“, womit der „Vorwärts“, der ja auch in der Außenpolitik stets den faschistischen Kurs betrieben hat, sich nun mit Mussolini auf einer Linie findet.

# Noch nicht begonnen — schon vertagt?

## Um das Schicksal der neuen Tributkonferenz von Lausanne

London, 16. Januar (Eig. Bericht). Wie wir bereits schon kurz meldeten, macht der bekannte englische Wirtschaftspolitiker und Direktor der Midland-Bank J. M. Keynes macht in der englischen Presse offensichtlich im Einverständnis mit Regierungskreisen den Vorschlag, auf der Lausanner Konferenz nur das am 31. Juli ablaufende Hoover-Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen bis zum 15. Dezember (dem

nächsten Schuldzahlungstermin an Amerika) zu verlängern. In der Zwischenzeit soll dann ein Plan für eine „Endlösung“ ausgearbeitet werden.

Die englische Regierung hat nunmehr nach langen Beratungen zu dem Bericht des Sachverständigenausschusses des Europaausschusses schriftlich Stellung genommen. Die Erklärung präzisiert nochmals den englischen Standpunkt, daß die Regelung der internationalen Schulden die wesentlichste Frage sei.

Auch die französische Presse beurteilt die Aussichten der Konferenz von Lausanne sehr skeptisch. Es mehren sich die Stimmen, die klipp und klar aussprechen, daß an eine Einigung nicht zu denken sei und eine sofortige Vertagung der Konferenz verlangen. Die Forderungen der Zinsgläubiger (England und Amerika) stehen im strikten Gegensatz zu den Forderungen des Reparationsgläubigers Frankreich. Man hofft, während der durch die Vertagung der Konferenz erreichten „Atempause“ eine Verständigungsbasis zu finden. Nur in der Frage der Erpressung von Tributen und Zinsen aus Deutschland sind sich alle imperialistischen Staaten einig.

Eine Vertagung der Konferenz von Lausanne bringt ein neues Moment der Unsicherheit in die deutsche Wirtschaft und trägt unmittelbar zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Die deutsche Bourgeoisie wird wiederum um eine Hoffnung ärmer. An der geschlossenen Front der Tributentnehmer prallen alle nationalistiche Forderungen ab.

## Kettel Ruegg!

Wie wir schon vor einigen Tagen gemeldet haben, bedienen sich die chinesischen Behörden einer niederrätigen Fälschung, um den verhassten Schweizer Bürger Ruegg und seine Frau weiter im Kerker behalten zu können. Mit ihren gefälschten Bildern wollen sie nämlich beweisen, daß Ruegg gar kein Schweizer Bürger sei, um sich damit der Verpflichtung zu entziehen, ihn und seine Frau vor den internationalen Gerichtshof zu stellen. Darin genießen sie die volle Unterstützung der Engländer, ja man kann sagen, hinter der ganzen Sache steht der englische Imperialismus, der die Schweizer Regierung veranlaßt, Ruegg zu verurteilen.

Um so notwendiger ist es daher, daß die Arbeiterklasse die Stimme des Protests erhebt, damit der Gewerkschaftsführer Ruegg und seine Frau den Klauen der chinesischen Henker entzissen werden.

Kirchdorf fuhr mit der Hand über die Stirn. „Es handelt sich darum, ein — vielleicht nicht ganz unbedeutendes — Mißtrauen zu beseitigen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es mir darauf ankommt, zu einer Verständigung zu kommen.“ Kirchdorf sah lächelnd in die vor ihm stehenden Gesichter, als wollte er die Wirkung seiner Worte abhängen und die der Betonung, die er auf das Wort „Verständigung“ legte. Dann fuhr er fort:

„Wenn es uns nicht gelingt, auf Grund einer durchgreifenden Realkalkulation eine solide Unterlage für die Leistungsfähigkeit unserer Werke zu bekommen, dann ist die Stilllegung unvermeidlich. Ich glaube, daß letzteres auch für die Belegschaft nicht sehr angenehm ist?“

Kirchdorf stockte wieder. Und die Proleten sahen da und überlegten. Das hatten sie nicht erwartet. Meier sah Kirchdorf an, ein unterdrücktes Lachen in den Augen.

Scheffler, der Betriebsrat, fühlte sich berufen, zu sprechen. „Ich glaube, daß die Leistungsfähigkeit unserer Belegschaft schon voll ausgeschöpft ist, Herr Betriebsleiter. Daran kann doch die Weiterführung des Betriebes nicht scheitern?“

„Das ist wohl zu allgemein gesagt. — Darf ich mit einigen Unterlagen dienen?“

„Bitte, Herr Kirchdorf“, antwortete Scheffler.

„Man kann doch hier rauchen?“ plätkte Meier da in die Gemütslichkeit und steckte eine Zigarette in Mund. „Das geht hier doch nicht so rasch. Da wird wohl Meisters Stempel wieder verschriebene Stunden zupacken müssen.“

Dann folgte ein langer Vortrag des Herrn Kirchdorf. Er sprach vom verlorenen Krieg, von dem Verlust großer Teile der deutschen Industrie durch den Friedensvertrag, von den ungeheuren Lasten, die die verstimmelte deutsche Wirtschaft trotzdem zu tragen habe, und erläuterte dann den vorgetragenen Zahlenberg:

„Sie sehen also, meine Herren, wie die Dinge wirklich liegen. Zwei amerikanische Arbeiter leisten mehr als fünf englische und mehr als sieben deutsche. Natürlich bejagt das nichts gegen den Arbeitswillen der deutschen Arbeiter. Die technische Verbesserung des Arbeitsprozesses, die den amerikanischen Arbeiter in die Lage setzt, diese Leistung zu vollbringen, das ist es! Bei dem technisch höchstentwickelten Stand der amerikanischen und englischen Industrie und den Lasten, die unsere Wirtschaft außerdem noch zu tragen hat, ist es um so notwendiger, mit der Durchorganisierung des Arbeitsprozesses ohne Verzug zu beginnen. Darum handelt es sich, meine Herren. Das ist nur durch gemeinsame Arbeit, getragen von

gegenseitigem Vertrauen, möglich. Wenn sich erst die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit auch in der Arbeiterschaft durchsetzt, dann wird es auch gelingen, das Schlimmste zu verhindern.“ Kirchdorf betonte die „Notwendigkeit“ und das „Schlimmste“ besonders.

„Nun!“ brumnte Meier nach einer Weile und nickte sinnend und rauchend.

Eisenhardt von den Spitzendrehern meinte: „Da können wir ja noch Geld mitbringen, und dann reicht es auch noch nicht.“

Nun griff Reimer ein. „Herr Kirchdorf, sind Sie zu Ende? — Wünscht jemand von den Herren das Wort?“

„Hier!“ Meier drückte seinen Zigarettenreißer im Nachhaken aus und begann:

„Daß die Karre im Dreck steht, das wissen wir. Und daß wir sie wieder rausziehen sollen, auch! Und wie das gemacht wird, Herr Kirchdorf, das fühlen wir jetzt schon. Wenn man so von der Schicht kommt, zehn Stunden, ein paar Stunden Fahrt noch dazu im Stehen, im kalten Zug und nichts im Magen, da weiß man schon, was die Uhr geschlagen hat. Und worauf läuft denn alles, was Sie uns da sagen, hinaus? Hier Karre hat man sich drauhen im Dreck rumgeschleppt, die Frauen und Kinder sind verhungert und verkommen. Dann ist man wieder angesprungen, daß den ganzen Tag und kann sich doch keine Hose auf'n Arsch kaufen. Und nun kommen Sie und halten uns einen Vortrag, daß das alles noch nicht genug ist. Immer noch mehr rausziehen. Für uns?“ Meier deutet mit dem Daumen an seine Brust. „Machen Sie doch keine Witze! Wir haben doch auch Augen im Kopf. Immer raus, immer liefern, immer druff! Wo geht denn das ganze Zeug hin, wenn die Amerikaner so billig liefern. Warum erzählen Sie denn nicht, was die amerikanischen Arbeiter verdienen?“

Die Kollegen ließen den ganzen Tag mit der Nase auf der Arbeit, wenn sie mal fünf Minuten rausgingen, sehen sie es an anderer Arbeit wieder zu. Und nun verlangen Sie, wir sollen einsehen“, Meier zog das „Einsehen“ lang durch die Zähne, „daß wir uns noch schneller kaputt machen müssen —“

„Wünscht sonst noch jemand von den Herren?“

„Ich wollte eigentlich dasselbe sagen“, sagte darauf Eisenhardt. Auch die andern schüttelten die Köpfe. Dieses Kopfschütteln war hartgejottene Zustimmung.

Scheffler suchte einen parlamentarischen Ausklang der Sitzung zu erreichen.

(Fortsetzung folgt)



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

### Fortsetzung.

„Alter Fuchs!“ spottete Meier. „Der meint auch, wenn die Weisheit nicht hilft, versucht man es einmal mit Zunderbrot. Scheißer in'n Kalender!“

„Dreht den Schwabenschwanz fertig und seitlich auf Maß“, sagte Meier dann zu Albert. „Die Hunde passen auf, wo sie Stunden finden. Wir dürfen nicht mehr fertig schreiben diese Woche. Wenn wir jetzt nicht aufpassen, beharken sie uns so, daß wir nicht mehr pissen gehen können. Und wenn dann eine dritte Schicht kommt, die wir mit durchschleppen müssen, sitzen wir im Dreck.“ Albert hörte zu und sagte nicht ja und nicht nein.

Einige Tage später wurden Meier und der Betriebsrat zur Direktion vorgeladen. Meier forderte jedoch eine von den Kollegen gewählte Kommission, was auch bewilligt wurde. Der vorgelegte Herr Reimer, die „rechte Hand“ der Betriebsleitung, empfing sie. „Nehmen Sie bitte Platz, meine Herren!“ lud er sie ein und zeigte mit weit ausschlagender Handbewegung auf tiefe Seffel. „Der Herr Betriebsleiter kommt sofort!“

„Morgen, meine Herren!“ grüßte Kirchdorf.

„Morgen“.

Nur einer fügte hinzu: „Herr Betriebsleiter“. Es war Scheffler, der Betriebsrat.

„Wir können also beginnen. Wenn die Herren einverstanden sind, werde ich, natürlich nur um die Verhandlungen zu erleichtern, den Vorsitz übernehmen.“ Reimer lachte wohlwollend. „Sonst kann einer von den Herren ebenso gut —“

„Machen Sie nur weiter“, unterbrach Meier.

„Dann möchte wohl Herr Kirchdorf erst einige Worte sprechen, wenn die Herren...“

Es erfolgte kein Widerspruch.

# Bolschewistische Unversöhnlichkeit

Der Brief des Genossen Stalin gegen die trotzkistische Fälscher der Geschichte des Bolschewismus hat gezeigt, daß das bolschewistische Zentralkomitee der KPSU mit dem Genossen Stalin an der Spitze und die Gesamtpartei mit eiserner und unerschütterlicher Entschlossenheit das Eindringen jeglicher Tendenz einer verführerischen Duldlosigkeit, eines kalten Liberalismus gegenüber den rechten Opportunisten und Trotzkisten in die Reihen der KPSU verhindert haben. Die Bolschewistische Partei bietet allen kommunistischen Parteien das Beispiel, wie sie den schonungslosen Kampf gegen konterrevolutionäre trotzkistische und rechtsopportunistische Schmutzgeleiten verbindet mit einer großen Offenheit zur weiteren Hebung des theoretischen und rechtsopportunistischen Kampfes durch die theoretischen Fronten. Viele Entfesselung großer Energien an der theoretischen Front steht in enger Wechselwirkung mit der begeisterten Arbeit der proletarischen Millionen an der sozialistischen Aufbaufront, wo das vierte und letzte Jahr des siegreichen Fünfjahresplans begonnen hat.

Der Brief des Genossen Stalin hat auch in der gesamten deutschen Mitgliedschaft großen Widerhall gefunden. Durch unsere Partei geht eine Mobilisierung der Kräfte, selbstkritisch die gesamte bisherige Parteiarbeit zu überprüfen und die Verbesserung der revolutionären Praxis durch die Hebung des allgemeinen ideologischen Niveaus der Parteimitgliedschaft zu sichern. Dabei nehmen wir die praktische Anwendung des Briefes des Genossen Stalin, insbesondere bei der Herausarbeitung der Rolle unserer Partei und dem Kampf gegen die „linke“ Sordewitz-Filiale des Sozialfaschismus in Angriff. Der Artikel des Genossen Thälmann im Dezemberheft der „Internationale“ stellt die wichtigsten Fragen unserer deutschen Parteiarbeit.

Die deutschen Kommunisten und die gesamte revolutionäre Arbeiterchaft muß im Sinne des achten Internationalismus aus dem Kampfe der KPSU lernen, daß alle Parteieinheiten ihre Praxis mit einer ernstlichen Durchsicht der revolutionären Theorie verbinden müssen, daß sich die gesamte Partei mit dem Marxismus-Leninismus bewaffnen muß, daß in der massen Unerschütterlichkeit der Bolschewistischen Partei die Garantie ihres siegreichen sozialistischen Aufbaues nach dem Oktoberfest liegt.

# Heroischer Arbeitsenthusiasmus

Bereitungen zur 17. Parteikonferenz KPSU.

Moskau, 12. Januar. (Eig. Bericht.) Im Donezgebiet hat eine gewaltige Kampagne eingesetzt, um bei der 17. Parteikonferenz berichten zu können, daß der Beschluß des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, wonach täglich 140 000 Tonnen Kohle gefördert werden sollen, durchgeführt ist. In allen Schächten finden Belegschaftsversammlungen statt, in welchen diejenigen Betriebe aufgeführt werden, die infolge heroischen Arbeitsenthusiasmus die Pläne überholt haben.

Zum Beispiel beschloßen die Bergarbeiter des Schachts „Kopinski“ im letzten Jahre des Fünfjahresplans 117 000 Tonnen Kohle zu fördern, im Jahre 1932 aber 100 000 Tonnen zu fördern. Schacht 7 hat die im Jahresplan vorgesehenen 25 000 Tonnen schon in 9 Monaten gefördert. Die Komjomsolzen des Schachts 10 im Woloskino-Wert haben beschloßen der ukrainischen Parteikonferenz 500 Tonnen Kohle über den Plan zu schenken. Auf Schacht 21/23 Schwarzowka bildeten die Bergarbeiter eine Stoßbrigade namens „17. Parteikonferenz“ und beschloßen, der Parteikonferenz 200 Tonnen Kohle über den Plan zu geben. Im Petroschik-Schacht 12 beschloßen die Kommunisten in ihren nächsten 5 freien Tagen freiwillige Mehrarbeit zu leisten.

Zur Vorbereitung der Parteikonferenz wird die Durchführung der Bedingungen Stalins überprüft. In der Anwendung dieser Punkte sind bereits bedeutende Erfolge sichtbar. Seit Ende September ist der Lohnfonds um 30 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Tagesförderung seit August in nachstehender Reihenfolge gestiegen: 80 624, 97 133, 113 803 bis 121 109 Tonnen, in Prozenten: von 70,7 bis 84,6 Prozent. Entsprechend sind die Schwierigkeiten in der Produktion und im Rang der Arbeiter überwinden worden. Die Zahl der Arbeiter betrug im 3. Quartal 93,1 gegen 77,8 Prozent im 2. Quartal. Um den Beschluß des ZK der KPSU, täglich 140 000 Tonnen Kohle zu fördern, durchzuführen, wird seitens der Partei für den vollständigen Uebergang zur Arbeit in Kampfform, bei gleichzeitiger Lohnsteigerung und Einführung größtmöglicher Mechanisierung zur Erleichterung schwerer Bergarbeiten, wie es in den sechs Bedingungen Stalins vorgesehen ist.

Die Metallarbeiter wollen nicht hinter den Bergarbeitern zurückbleiben, um das zweite hauptsächliche Kettenglied der Volkswirtschaft: — Metallurgie — im letzten Jahr des Fünfjahresplans zu stärken. Die Metallarbeiter des Südens haben beschloßen, den Plan für 1932 von 9 auf 10 Millionen Tonnen Gußeisen zu erhöhen. Die Metallarbeiter der Betriebe Terowski und Lenin haben den Plan um 10 Prozent überholt. Die Belegschaft des Betriebes Krowka hat 84 000 statt 74 000 Tonnen gefördert. Auch in vielen anderen Metallbetrieben der Ukraine werden ähnliche Erfolge erzielt und Stoßbrigaden gebildet.

# Rote Einheitsfront gegen Nazi-Denunzianten

Im Textilbetrieb Machod & Häbler, Jittau, sollte innerhalb der Betriebe eine Belegschaftsversammlung mit einem Referat der KPD stattfinden. Der Unternehmer erhob dagegen Einspruch. Dabei stellte sich heraus, daß ein im Betrieb beschäftigter Nazi sich als Denunziant betätigt hatte.

Als man am Versammlungstage dem Vertreter der KPD den Zutritt zum Betrieb verweigern wollte, bemächtigte sich der Belegschaft eine ungeheure Empörung. Es wurde ein Beschluß gefaßt, sofort die Entlassung des Denunzianten aus dem Betrieb zu fordern. Als der Unternehmer sich weigerte, trat die Belegschaft in einen zweitägigen Streik aus. Der Unternehmer mußte dieses geschlossene Front nachgeben. Der Denunziant wurde unter Auszahlung von 14 Tagen Lohn für die Kündigungssperre entlassen. Diese Aktion wurde von der gesamten Belegschaft, sozialdemokratischen, parteilosen, kommunistischen und KPD-Arbeitern in voller Einmütigkeit durchgeführt. Die rote Einheitsfront hat sich auch hier im Kampf gegen den Faschismus erfolgreich bewährt.

# Rebellion der christlichen Arbeiter

Die christlichen Gewerkschaftsführer gebrauchen wieder radikale Redensarten. Ambusch fordert die „Sozialisierung des Bergbaues“

Am 10. Januar sprach der christliche Gewerkschaftsführer Ambusch in einer Kundgebung in Essen, die von 600 Bergarbeitern besucht war. Nach dem Bericht der zentralen idem „Katholischen Volkzeitung“ legte Ambusch dar, wie der Reichsparteitag große Mittel aus den Kreisen der Unternehmer zuckeln. Als besonders eifrige Geldgeber der Nazis nannte er Kirdorf und Thyssen. In seinen weiteren Ausführungen, wo er die bankrotte Profitwirtschaft der Unternehmer in seiner Weise kritisierte, erklärte Ambusch:

„Es muß nachgeholt werden, was die Revolution von 1918 verlor.“

Er forderte eine „bessere Verteilung der Güter“. Zur Rehebung der Arbeitslosigkeit ist eine vierjährige Arbeitszeit vor. Da die „freien Unternehmer“ sich als unfähig erweisen hätten, die Krise zu bewältigen, stelle er die Forderung auf: „Überführung des Bergbaues in den Besitz der Volksgemeinschaft“, d. h. Verstaatlichung des Bergbaues.

Warum greift Ambusch der Parteifreund Brüning, zu solchen radikalen Redensarten? Er will mit diesen Redensarten die rebellierenden christlichen Arbeiter nochmals beschwichtigen, die sich in letzter Zeit in immer größeren Massen der NSDAP und KPD näherten. Wieder greifen die christlichen Gewerkschaftsführer zu der Methode, die „Sozialisierung des Bergbaues“ in Aussicht zu stellen, um die Arbeiter vom Kampf gegen Lohnabbau abzuhalten.

Diese Methode ist aber schon einmal angewandt worden, und auch die christlichen Arbeiter haben den irren Betrag von 1919 nicht vergessen. 1919, als die Ruhrarbeiter in gewaltigen Massenstreiks den Kampf gegen das kapitalistische System führten, erklärten sich die christlichen Gewerkschaftsführer ebenso wie die SPD-Führer für die Sozialisierung des Bergbaues. Der Zentrumsführer Gieseler betonte den freien Willen, den Bergbau zu sozialisieren.

Es wurde damals die „Reiner-Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung“ gebildet. Es wurden Plakate angeschlagen mit der Überschrift: „Die Sozialisierung marodiert.“ Im Ruhrgebiet wurden Millionen Flugblätter verbreitet, in denen es hieß:

„Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist Gesetz... heute nach der Sozialisierung schädigt jeder Streik nicht mehr das Privateigentum, sondern den Sozialismus selbst.“

Schon damals ließen sich die Arbeiter durch solche mehrfachen Versprechungen nicht mehr vom Kampfe abhalten. Am 30. März 1919 beschloß eine Schachtdelégiertenkonferenz der Generalkommission für das Ruhrgebiet, der am 4. April mit voller Macht einsetzte, so daß die Regierung gezwungen wurde, die Siebenstundenschicht einzuführen. In der Folge gelang es den Truppen des von Severing geschickten General Watter noch einmal, die Bewegung niederzuschlagen.

Was wurde dann aus der „Sozialisierung“? Die Arbeiter wissen heute, wie die Sozialisierung durchgeführt wurde, die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben das heutige Notverordnungs-system herbeigeführt. Wenn heute die christlichen Gewerkschaftsführer wieder von der „Sozialisierung des Bergbaues“ reden, so muß dafür gesorgt werden, daß von den rebellierenden christlichen Arbeitern keine auf den Schwindel der Ambusch und Kumpforten hereinfällt. Alle Klassenbewußten Arbeiter müssen begreifen, wie weit die Täuschung und die Rebellion der christlichen Arbeiter schon fortgeschritten ist.

Es gilt jetzt, durch kameradschaftliche Diskussion die christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gegen die ununterbrochene Hinabdrückung der Lebenshaltung zum Kampf gegen das kapitalistische System zu gewinnen.

Die in letzter Zeit immer zahlreicheren Eintritte von christlichen Arbeitern in die NSDAP zeigen, daß es möglich ist, auch die christlichen Arbeiter für den Kampf unter der Führung der KPD zu mobilisieren.

# Der freche Arbeiterbetrug der Nazi-Führer

Naziführer Schäfer packt aus — Auch die unteren Beamten werden schändlich betrogen

Der bisherige Nazi-Führer Schäfer, der das Bogheimer Dokument der Polizei übergeben hat, sprach in einer Versammlung in Leipzig am 8. Januar über die Politik der Nazi-Führer. Wir haben für diesen Schäfer, den Mitverfasser des Bogheimer Dokuments nichts übrig und würden von seinem Referat keine Notiz nehmen, wenn er nicht an Hand von parteiamtlichen Dokumenten der NSDAP, aufsehenerregende Enthüllungen gemacht hätte. Schäfer hatte nämlich den besten Einblick in die Arbeit der Münchener Reichsleitung der NSDAP, und er hat eine große Anzahl Original-Dokumente, Rundschreiben, Briefe, Entwürfe usw. in seinem Besitz.

Eine der wichtigsten Enthüllungen, die Schäfer machte, war die über

die betrügerische Aktion der Nazi-Führer zur Gewinnung der Betriebsarbeiter.

Der Betriebszellenfachmann der Nazis, Reinhold Mutschow, hat zum Zwecke des Betruges der Arbeiter eine Broschüre geschrieben, worin die Betriebsarbeiter mit heuchlerischen Versprechungen gefördert werden sollten. Wegen dieser Broschüre wurden die Unternehmer, die Geldgeber der Nazis, etwas unruhig. Darum erhielt Schäfer am 20. Mai 1931 von der Gauleitung der NSDAP in Darmstadt den Auftrag, am 20. Mai in einer großen Mitgleiberversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände am Mittelrhein für die NSDAP, das Vorhaben ergreifen. Schäfer sollte die Unternehmer beruhigen und in dieser Versammlung parteiamtlich darüber aufklären.

„daß die Forderungen und Feststellungen in der betreffenden Schrift nicht wörtlich auszuliegen seien, sie dienten nur der Agitation.“

Schäfer führte diesen Auftrag auch aus.

Schäfer berichtete auch, daß die Reichsleitung der NSDAP darüber beraten hat, was nach Ergreifung der Macht in der Lohnfrage geschehen sollte. Im August 1931 wurde man sich im Braunes Haus darüber einig, daß den Unternehmern die ausschließliche Bestimmung über die Löhne einzuräumen sei.

Sämtliche Tarifverträge sollten zu diesem Zweck aufgehoben werden. Die Arbeiter glaubt man damit niederhalten zu können, daß man gegen sie nach dem Muster des Bogheimer Dokuments vorgeht.

Am 6. Juni 1931 fand in Karlsruhe eine Besprechung der Nazi-Führer über sozialpolitische Fragen statt. Dort wurde beschloßen, alle Forderungen der großkapitalistischen Scharfmacher auf reißenden Abba der Arbeitslosenunterstützung, Invalidentät, u. a. durchzuführen. Ueber die sozialpolitischen Beschlüsse war sogar der Gauführer des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Walter Bergner, in ziemlichem Verlegenheit. Bergner richtete an Schäfer einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Ich muß Ihnen allerdings offen gestehen, daß ich von den vorgetragenen Ansichten ziemlich entsetzt war. Ich weiß nicht, ob Sie das sozialpolitische Programm der Deutschnationalen Volkspartei kennen. Wenn ja, werden Sie sicher bei einem Vergleich festgestellt haben, daß das, was Herr Dr. Wagner in seinem Wirtschaftsmanifest plant, Geist vom Geiste der Deutschnationalen Volkspartei ist, daß zwischen den beiden Wirtschaftsprogrammen kein wesentlicher Unterschied besteht.“

Die sozialpolitischen Beschlüsse der NSDAP-Führer sind wirklich nichts anderes als die Forderungen Hugenburgs und der übrigen großkapitalistischen Scharfmacher. Aber nicht nur die Arbeiter, auch die Beamten werden belogen und betrogen. Schäfer las aus einer internen Erklärung, die vom 26. Juli stammt, und die als Richtlinien für den Fall der Machübernahme gelten, folgenden Passus vor:

„Da das Reich, die Länder und Gemeinden sowie das ganze schaffende Volk bei der Uebernahme der Regierung finanziell vor einem Nichts stehen werden, werden auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung drakonische Sparmaßnahmen einzuführen müssen, von denen auch die Beamten nicht ausgenommen werden kann. In welchem Ausmaß

sie betroffen wird, läßt sich vorher schlecht sagen. Es ist daher nicht möglich, jetzt schon zahlenmäßige Feststellungen nach dieser Richtung zu machen.“

Sie haben die Nazi-Führer also ganz klar feststellen, daß auch die Nazi-Führer den drakonischen Abbau der Beamtengehälter wollen. Die Nazi-Führer sehen voraus, daß die Beamten ungeheuer empört sein werden, wenn die Diktate der Nazi-Führer erfolgen. In dem von Schäfer erwähnten Rundschreiben heißt es darum an einer Stelle:

„Der Gehaltsabbau wird naturgemäß unter der Beamtenchaft einen gewissen Widerstand hervorrufen. Es wird daher Aufgabe der Regierung und der von ihr zur Seite stehenden nationalsozialistischen Beamtenorganisationen sein, den Beamten klarzumachen, daß zunächst für das Volksganze erst wieder eine Lebensmöglichkeit geschaffen werden muß... Dehnen Endes liegt der Gehaltsabbau in dem ureigensten Interesse der Beamtenchaft...“

Die unteren und mittleren Beamten wissen nun, was sie von den Nazi-Führern zu erwarten haben. Wichtig ist die Enthüllung, daß die Führer der nationalsozialistischen Beamtenorganisationen in den Betrug eingeweiht sind.

Aber nicht nur das. Nach den Enthüllungen Schäfers werden es die Arbeiter und Beamten sich nicht mehr ausreden lassen, daß alle Abbaumaßnahmen der Brüningregierung im tatsächlichen Einverständnis mit den Nazi-Führern erfolgten, die Nazi-Führer sind ebenso wie die SPD-Führer Stützen des Notverordnungs-systems.

Die Enthüllungen Schäfers bekräftigen nur, was die Kommunisten schon längst über die Politik der Nazi-Führer gesagt haben. Die Nazi-Führer sind die besetzten Agenten der Großkapitalisten, derselben Kapitalisten, die das unermeßliche Elend über die Arbeiter und übrigen Werktätigen in Stadt und Land gebracht haben. Die Nazi-Führer kämpfen im Sold dieser Großkapitalisten, um deren Interessen gegen das notleidende werktätige Volk zu verteidigen. Zu diesem Zwecke betrügen sie die Werktätigen mit listigen Versprechungen und heßen sie gegen die Klassenbewußte Arbeiterchaft, die gegen das kapitalistische System kämpft.

Aber wer will sich heute noch betrogen lassen? Die enge Verbundenheit Hitlers mit dem Brüning-System hat sich in den letzten Tagen vor aller Augen gezeigt, die Verhandlungen Hitlers mit dem Scharfmacher Thyssen und dem Finanzkönig Stauck werden dazu beitragen, weiteren Tausenden die Augen zu öffnen. Die bisher von den Nazi-Führern misshandelten Anhänger aus dem werktätigen Volk, die wirklich für bessere Zustände kämpfen wollen, gehören in die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei.

# ERNST THÄLMANN über die Rolle des Zentrums:



„Als es sich im Jahre 1918 für die Bourgeoisie darum handelte, die kapitalistische Klassenherrschaft gegenüber dem ersten Ansturm der proletarischen Revolution zu sichern und zu verteidigen, bediente sich das Zentrum in ausschlaggebendem Maße der Sozialdemokratie. Mit der Festigung der politischen Macht der Bourgeoisie setzte es die Heranziehung der deutschen Volkspartei und schließlich sogar der Deutschnationalen durch, wobei die SPD bis zu einem gewissen Grade zurückgedrängt wurde. Heute ist das Zentrum Träger der Politik einer wechselseitigen Ausnutzung der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten für die Diktatur der Bourgeoisie.“

Aus dem Januarheft der „Internationale“, der führenden Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Jeder besorgt sich sofort dieses neue Heft, bevor es vergriffen. Jetzt nur noch 20 Pfennig.